

Die Sanitätswarte

ZEITSCHRIFT FÜR DAS PERSONAL IN KRANKEN-PFLEGE U. IRREN-ANSTALTEN
KLINIKEN, SANATORIEN, BADE- U. MASSAGE- INSTITUTEN, SEEBÄDER

XXIV. Jahrgang

Berlin, den 6. September 1924

Nummer 16

Schriftleitung: Emil Dittmer

INHALTSVERZEICHNIS

4. Konferenz der Reichsfektion Gesundheitswesen Emil Dittmer
Zwanzig Jahre Organisationsarbeit Paul Schulz
Der Kampf um die Arbeitszeit des
Krankenpflegepersonals Marie Friedrich-Schulz
Unsere Aus- und Fortbildung Oskar Kurpat
Willkommen in Dresden G. Förster
Beamtenfragen in der Krankenpflege Schwester M. Krajčů
Organisierung der Hebammen G. Renner
Stationäre und ambulante Krankenversorgung R. Layke
Aus unserer Bewegung • Aus der Praxis • Rundschau • Briefkasten

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Stammt Der Mensch vom Affen ab?

Diese interessante Schrift von G. E. Graf kostet nur 0,45 Mk., ist 36 Seiten stark, mit 10 Abb. und ist wie die folgenden Schriften

Dr. Otto Hauser

Der Mensch vor 100 000 Jahren
144 Seiten stark, mit 96 Abbildungen und 3 Karten, gebunden 4,00 Mark.

G. Arriens

Mosaik des Völkerebens
192 Seiten m. vielen Bildern, geb. 3,50 Mark.

G. E. Graf

Die Geschichte von den Haiselen
mit vielen ganzseitigen Illustrationen 1,80 Mk.

Dr. Otto Hauser

Vort wo der Menschheit Wiege stand
100 Seiten gebunden 1,80 Mark.

Dr. Otto Hauser

Der Aufstieg der ältesten Kultur
24 Seiten mit 18 Abbildungen 0,40 Mark.

Dr. Otto Hauser

Die Urentwicklung der Menschheit
24 Seiten mit 9 Abbildungen 0,30 Mark.

Dr. Otto Hauser

Urtwelttiere
16 Seiten mit 11 Abbildungen 0,30 Mark.

zu beziehen durch

Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Staats- und Gemeindearbeiter
Berlin SO 33, Schlessische Straße 42.

Baden-Badener Pastillen

bei Katarrhen-Kaiserkelch
hatte solche stets bereit

gegen Schnupfen, Boromentia
nimmt ein jeder, der es kennt.

Jeder Pfleger

jeder Pflegerin lese die „Hausarzt“-Zeitschrift für
Blat- und Wasserheilkunde (30. Jahrgang). Heraus-
geber Dr. med. Gebauer, Viertelj. 75 Pf., und die
Hausarzt-Bücher. Preis frei.
Hausarzt-Verlag, Berlin-Steig 7.

Heft 5 — September 1924

Gewerkschafts-Archiv

Herausgegeben von
Karl Zwing

Monatshefte für Theorie
und Praxis der gesamten

Gewerkschaftsbewegung

zum Preise von 1,— Goldmark pro Heft

liefert laufend und portofrei

Abtl. Bücher und Schriften

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Berlin SO 33, Schlessische Straße 42.

Das Fundament

für freie Weltanschauung und
sozialistischen Kulturwillen ist
WISSEN VON NATUR
UND GESELLSCHAFT
für jeden verständlich durch die

URANIA

Ab Oktober erscheinen jährlich
12 „URANIA“-MONATS-
HEFTE U. 4 WERTVOLLE
URANIA - BUCHBEIGABEN

Vierteljährlich nur 1.25 Mk.
mit gebundenen Büchern 1.80 Mk.

Näheres siehe nächste Nummer der
„Sanitätswarte“

LYCPI

Das wirkungsvolle Desinfek-
tionsmittel, zur Körperpflege
unverwundlich, wohriechend,
zuverlässig u. sparsam im Gebrauch
100 gr. 250 gr. 500 gr.
0,90 1,80 3,00
Erhältlich in allen Apoth. u. Drog.
Fabrikant Hugo Heydemann,
Berlin NO. 43.



SCHAUMPON
MIT DEM SCHWARZEN KOPF
DAS BESTE ZUR
KOPFWASCHE

Jeder Gewerkschaftler

muß sich m. d. gewerkschaftl. Arbeiterbewegung
vertraut machen. Wir empfehlen deshalb:

Geschichte

der deutschen freien Gewerkschaften
von Karl Zwing. 1,80 G.Mk.

Der Radikalismus

in der deutschen Arbeiterbewegung
von Dr. Curt Geper, 1,80 G.Mk.

Die Gewerkschaften vor dem Kriege
von Adolf Braun. 6,00 G.Mk.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung
von Dr. Jacob Reindl 4,50 G.Mk.

25 Jahre deutscher

Gewerkschaftsbewegung 1890 — 1915
von Paul Umbreit. Gebunden in Halb-
leinen. 3,00 G.Mk.

Warum brauchen wir Gewerkschaften?
von Oskar Kurpat, Leipzig. 0,40 G.Mk.

Diese Bücher liefert zu Originalpreisen
Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Berlin SO 33, Schlessische Straße 42

Der Arbeiter-Abstinente-Bund

ist die Organisation der
sozialistischen Alkoholgegner
In vielen Städten Ortsgruppen

Kampfschrift:
„Der abstinente Arbeiter“

Beim unabhängigen Postamt zu bestellen
Vierteljährlich 30 Pfennig

Alkoholgegenerische Literatur, Flugblätter,
Plakate, Lichtbilder
durch die

Geschäftsstelle des Deutschen Arbeiter-
Abstinente-Bundes, SO 16, Engelshufer 24

Geschichte

des deutschen Volkes

Vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis
zur Gegenwart

von Dr. Frih Wueßling

320 Seiten 8°, Halbklein, Preis 3 Mark

Aus dem Inhalt: Der Absolutismus —
Städtertum und geistige Revolution —
Großbetrieb und Proletariat — Bismarck's
Reich — Weltwirtschaft, Weltmarkt-
hängigkeit, Finanzkapitalismus — Der
Weltkrieg — Kampf um die Demokratie,
Friedensvertrag.

Für die Mitglieder des Verbandes der
Gemeinde- und Staatsarbeiter liefert dieses
Büchlein zu ermäßigten Preisen die

Abteilung Bücher u. Schriften
Berlin SO 33, Schlessische Straße 42

er
ung
ab:
ten
ung
ir.
lege
ung
rt.
915
halb-
ten?
-M.
en
ten
weiter
2
nd
ter,
ter-
r 24
S
bis
Marf
-
arf
lab-
Der
alle,
ber
iefed
ten
12



4. Reichs-Konferenz Sektion Gesundheitswesen

4. Konferenz der Reichssektion Gesundheitswesen



den politischen Ereignissen verdanken, berechtigte uns zu himmelhoher Hoffnung, und mit großer Energie wurde in Jena an der Ausgestaltung und Entwicklung der Berufsfragen gearbeitet. Insbesondere war es die Ausbildungsfrage, die nun endlich vorwärts getrieben werden sollte und die in der Tat seit Jena einen entscheidenden Anstoß bekommen hat, der sich auch in den folgenden Jahren noch deutlich bemerkbar machte.

Gegenwärtig sehen die Dinge wesentlich anders aus. Durch den Abbau sind wir auf etwa 35 000 Organisierte zurückgedrängt und es ist ein schlechter Trost, daß die anderen Organisationen prozentual noch stärker zurückgegangen sind und die Zahl der Unorganisierten gegenwärtig mindestens 15 000 beträgt. Besonders in Süddeutschland greift das Ordensschwesterwesen stärker um sich. Hält man sich diese Situation vor Augen, so darf man sich keiner Illusion hingeben, als könnten wir durch die bevorstehende Dresdener Konferenz einen schnellen Wandel in diesen Verhältnissen herbeiführen. Wir haben erleben müssen in den letzten Jahren, daß die systematische Vorarbeit für die obligatorische Ausbildung und Fortbildung unterbrochen worden ist, daß wir in den verschiedenen Staaten und Kommunen sozusagen nur Stüchwerk aufzuweisen haben und daß auch insbesondere in Verbindung mit der Arbeitszeitverordnung für Krankenanstalten sich die Situation für unsere Kollegen in den Anstalten wesentlich verschlechtert hat. Es wäre müßig, die Schuldfrage aufzuwerfen und sich in gegenseitigen Klagen zu ergehen. Von der Konferenz ist bestimmt zu erwarten, daß der gesunde Sinn der Kollegschaft sie veranlaßt, Mittel und Wege zu suchen, wie für die Zukunft sich die Dinge gestalten.

Die Tagesordnung der Reichskonferenz weist zunächst das Referat von Dr. Poply-Leipzig über die „Ethik in der Krankenpflege“ auf. Es dürfte naheliegend sein, daß neben den allgemeinen neuzeitlichen ethischen Grundfragen in der Krankenpflege auf Erkenntnisbasis auch die praktischen Seiten von unseren Kollegen gebührend in den Vordergrund gerückt werden. Dazu bietet die Diskussion Gelegenheit.

Die „Berufsgefahren im Krankenhaus“ wird Herr Dr. Bauer-Alt-Scherbig in seinem Referat behandeln. Hier gilt es vorwiegend nach außen zu wirken; denn leider, so hat sich besonders bei der Arbeitszeitverordnung gezeigt, ist in weitesten Kreisen unbekannt, wie schwer, verantwortungsvoll und gefahrenreich die Tätigkeit in Krankenhäusern, Heilanstalten, überhaupt in der gesamten Gesundheitspflege ist.

Der Sektionsleiter, Kollege Schulz, wird alsdann über die Tätigkeit der Reichssektion „Gesundheitswesen“ berichten. Hierzu wird es notwendig sein, daß von den verschiedensten Kollegenkreisen heraus die Diskussion ergänzend einseitig um festzustellen, was wir tun können, um die noch Unorganisierten zu uns herüberzubekommen.

Es war im November 1919 unsere 3. Konferenz der Reichssektion Gesundheitswesen abhielten, hing uns der Himmel voller Geigen. Wir hatten rund 40 000 Organisierte in unseren Reihen. Abseits standen etwa 50 000 weltliche Schwestern und 25 000 bis 30 000 Ordensschwestern. Dazu waren in der christlichen Organisation 3500 Mitglieder und insgesamt etwa noch 10 000 Unorganisierte zu verzeichnen. Dieses Resultat, das wir vorwiegend

Ueber die „Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten“ wird Marie Friedrich-Schulz berichten. Dabei dürfte sich herausstellen, daß wir leider in der Arbeitszeit so weit herabgeglitten sind, wie kaum irgendeine andere Kategorie unseres Verbandes. Wenn wir den Gründen auf die Spur zu kommen suchen, die das verschuldet haben, werden wir nicht ganz davor halt machen können, daß ein erheblicher Teil der Kollegschaft, nämlich die Unorganisierten, sowie die bürgerlich orientierten „Schwestern“ durch ihr Verhalten erheblich dazu beigetragen haben, daß das Altentat auf die Freiheit des Krankenpflegepersonals zum großen Teil gelungen ist. Es bedarf aller Anstrengungen, um wieder größere Freiheit zu erringen durch geschlossene Organisation.

Die „Ausbildungs- und Lehrlingsfragen in der Krankenpflege“ sind bereits in ausführlicher Weise auf der 3. Konferenz von dem Unterzeichneten behandelt worden. Leider ist der gegenwärtige Zeitpunkt nicht dazu angetan, uns hoffnungsvoll zu stimmen, wenngleich aus den zahlreichen Anträgen zur Konferenz ersichtlich ist, mit welchem anerkanntenswerten Eifer die Kollegen für die obligatorische Ausbildung eintreten. Andererseits liegt kein Grund zum Verzagen vor, sondern es muß von dieser Konferenz aus erneut in weitestem Maße der Kollegschaft der Gedanke dringen, daß sie selber an der Ausbildungs- und Fortbildungsfrage ein elementares Interesse haben und daß sie auch persönlich alle Anstrengungen machen müssen, um die jetzt vorhandenen fakultativen Einrichtungen zur Ausbildung auszunutzen. Das Weitere darüber wird im Referat selbst gesagt werden können. Auch hieran dürfte sich eine ausgiebige Diskussion knüpfen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung ist vorgesehen ein Referat des Kollegen Flücht-Halle über die „Interessenvertretung des beamteten Krankenpflegepersonals“. Hierbei wird festzustellen sein, daß gerade auch die beamteten Kollegen in den Heilanstalten usw. alle Veranlassung haben, sich solidarisch mit der Arbeiterschaft zusammenzuschließen und in geeinter Front zur Abwehr der Bedrückungen zu wirken, die zurzeit wieder gang und gäbe sind.

Es sind zahlreiche Anträge zur Reichskonferenz gestellt, die ein erfreuliches Zeichen für die außerordentliche Regsamkeit und den Eifer der gesamten Kollegschaft sind. Das gleiche kann festgestellt werden bezüglich der Mitarbeiterschaft an unserer „Sanitätswarte“.

Wir haben 1919 wohl meist geglaubt, daß der große Wechsel des Personals infolge der größeren Freiheit, des höheren Lohnes und der rechtlichen Verhältnisse durch die Tarifverträge nicht mehr wiederkommen wird. Das war eine Täuschung. Es sind sogar Bestrebungen im Gange, den Kost- und Logiszwang wieder verstärkt einzuführen. Der Einheitslohn ist vielfach aufgehoben, die Wohnungsfrage läßt wieder manches zu wünschen übrig, selbst das Koalitionsrecht ist nicht in allen Einzelheiten gewährleistet und manchem Anstaltsbetriebsrat werden Schwierigkeiten in seiner Funktion bereitet. Das hat manchem Kollegen und mancher Kollegin Anlaß gegeben, Vorwürfe zu erheben und zu sagen, die Organisation leiste nicht genügend. Die Organisation ist aber nur der Ausdruck der Kräfte, die in ihr wachen und je nach dem Stande der Kollegschaft wird sich die Organisation auswirken.

Aber nicht allein dies, die gesamte Arbeiterschaft in ihrer politischen und wirtschaftlichen Konstellation ist mitentscheidend über die Situation in den einzelnen Berufen, und da ist nicht zu leugnen, daß wir viel Terrain verloren haben. Dieses Terrain muß wiedergewonnen werden. Aufgabe der 4. Konferenz für das Gesundheitswesen wird es sein, die Mittel zu finden, die uns den kürzesten Weg weisen zu diesem Ziel.

Emil Dittmer.

Zwanzig Jahre Organisationsarbeit



le Kollegen, die vor zwanzig Jahren zielbewußt und opferwillig den Kampf für die freigewerkschaftliche Organisation des im Gesundheitswesen beschäftigten Personals aufnahmen, haben nicht voraussehen können, daß ihre Pionierarbeit so von Erfolg gekrönt sein würde. Der Weltkrieg mit seinen revolutionisierenden Folgeerscheinungen hat es mit bedingt, daß sich die Entwicklung der Organisation in der letzten Hälfte des zweiten Jahrzehnts mit Riesensprüngen vollzog.

Wenn irgendwo, konnte hier der Pessimismus der Launen und Flauen, der die Organisierung des Anstaltspersonals als unmöglich bezeichnete, gewissermaßen als naturgesetzlich begründet angesehen werden. Die Beschäftigten der Anstalt wurden, weil unter der Gefindeordnung stehend, wie Leibeigene behandelt. Von der Landstraße, vom Dorf herein, alle gestrandeten Existenzen wurden bevorzugt, um den „Liebesdienst“ an den Kranken zu üben. Wenn auch der Personalbestand sich 2-mal im Jahre erneuerte, das gab doch neben der Beraubung der persönlichen Freiheit, bedingt durch den Kost- und Logiszwang, die Garantie, daß die verhasste freie Gewerkschaftsorganisation nicht Boden fassen konnte. Und wenn das allen Berechnungen und Plänen zum Trost dank der opferwilligen Tätigkeit unserer Vertrauensleute doch geschah, dann fand sich immer ein billiger Vorwand, um diese Unentwegten an die frische Luft zu setzen. Und sie waren fast alleamt Sünden, die Herrschaften, ob sie als Verwaltungsbeamte in Gemeinde-, Staats-, Privat- oder in sogenannten gemeinnützigen Anstalten ihre Gewalt ausübten. Manchen der Herren sind die Nägel, mit denen sie kranken, nur beschnitten und nicht ausgerissen, darum gilt es für das neue Geschlecht, auf den Erfolgen unserer Vorgänger nicht zu ruhen und zu rasten.

Unsere Reichssektion fand ihren Vorläufer in dem bis zum Juli 1904 bestehenden Zentralverband des Massage-, Bade- und Krankenpflegepersonals Deutschlands. Bei der Verschmelzung dieses Verbandes mit unserer Gesamtorganisation war die Bewegung fast ausschließlich auf die drei Filialen Berlin, Dresden und Hamburg beschränkt. Die ungefähr 400 Mitglieder des vorgenannten Verbandes bildeten bei 13 726 Mitgliedern des Gesamtverbandes nur rund 3 Proz. des Mitgliederstandes. Keine Mühe, keine Sorge gewerkschaftlicher Organisationsarbeit blieb dem Häuflein erspart. Sehr langsam, sehr spärlich entwickelte sich die neue Gruppe des Gemeindegewerksverbandes. Hier und da stieß ein Fährlein zum ganzen. In allen Gauen regten sich die Kollegen, um am Werke mitzuschaffen. Immerhin ging es bis zum Jahre 1913 langsam aufwärts. Der ewige Wechsel des Personals in den Anstaltsbetrieben wirkte sich auch in unserer Mitgliederbewegung aus. Es gab Jahre, wo der Mitgliederzugang bis zum Vier- und Sechsfachen des verbleibenden Bestandes betrug. Mit dem Schluß des ersten Jahrzehnts im Jahre 1913 zählte die Gruppe „Reichssektion Gesundheitswesen“ 3391 Mitglieder. Damit war der Anteil am Gesamtverband mit 51 063 Mitgliedern auf 6,4 Proz. gestiegen. Von den in der Gruppe Beschäftigten waren im Höchsthalle 8,4 Proz. organisiert.

Der Weltkrieg brachte erklärlicherweise einen vorübergehenden Rückgang. Er hämmerte aber Tausenden den Gedankens der opferwilligen Solidarität ein, er befeitigte in vielen Gehirnen, die nicht ganz verkrast waren, den Aberglauben, als ob durch strengsten beruflichen Abschluß in Ständes- oder sonstigen „Streitervereinen eine gewerkschaftliche Interessenvertretung möglich wäre. Der Weltkrieg und die Revolution

befeiligten nicht nur die Gefindeordnung. Sie brachten einem großen Teil der Kollegenschaft die Erkenntnis, daß nur der Zusammenschluß des gesamten im Gesundheitswesen tätigen Personals in einer Gewerkschaftsorganisation eine wirksame Interessenvertretung ermögliche. Allen Verleumdungen, allen Beschimpfungen zum Trost, die in reichlichem Maße von nur zu bekannter Seite kübelweise über unsere Organisation ausgegossen wurden, errangen wir mit unserer Arbeit das Vertrauen der Kollegenschaft.

Auf der Konferenz von Jena im August 1919 zählten wir im Gesamtverband mit 270 866 Mitgliedern in der Reichssektion 38 792 Mitglieder. Das waren 14 Proz. des Gesamtbestandes. Bei 58 863 Beschäftigten hatten wir damit 66 Proz. Organisierte zu verzeichnen. Wir konnten auf dieses Resultat stolz, aber nicht zufrieden sein. Auch nach der Revolution bedingten die wirtschaftlichen Nachwirkungen des verlorenen Krieges, daß die Erhaltung und der notwendige Ausbau der erworbenen Rechte eine starke gewerkschaftliche Organisation erforderte. Die Uneinigkeit der Arbeiterklasse auf politischem Gebiet, die Gründung und der Zusammenschluß der einzelnen Arbeitgeberverbände und nicht zuletzt die Inflationszeit bildeten Hindernisse auf dem eingeschlagenen Wege. Doch stärker als alle diese Dinge war der Wille unserer Kollegenschaft. Der Personalabbau in allen öffentlichen Anstalten, besonders des Reiches und der Länder, konnte wohl die Ziffer der Beschäftigten herabdrücken, aber nicht den Prozentsatz der Organisierten. Die nachfolgende Tabelle über den Mitgliederbestand am 1. Januar 1924 beweist die Richtigkeit dieser Behauptung.

1. 1. 1904	Beschäftigte			Organisiert	
	Insgesamt	In den Krankenanstalten	In Provinz	In der Reichssektion	In Prozent
Gemeinde . . .	191 451	28 455	14,9	21 489	75,5
Kreis	11 718	3 823	32,7	1 999	52,3
Provinz	6 463	5 041	77,9	3 385	67,1
Privat	9 684	1 957	20,2	1 439	73,5
Reich	16 349	430	2,6	367	88,3
Staat	33 282	9 538	28,7	6 749	70,8
Summa	268 947	49 244	18,3	38 428	71,9

Die 38 428 Mitglieder der Reichssektion stellen im Gesamtverband mit 17,7 Proz. die stärkste Gruppe dar. Zurzeit bleibt das Prozentverhältnis der Organisation zu den Beschäftigten von 71,9 Proz. noch mit 2,8 Proz. hinter dem Gesamtdurchschnitt der übrigen Gemeinde- und Staatsarbeiter zurück. Das kommt daher, weil die in gegnerischen Verbänden mit 8,7 Proz. und die Unorganisierten mit 16,3 Proz. selber über den Gesamtdurchschnitt hinausragen. Immerhin, was will es sagen, wenn wir in den Standesvereinen 1874 und im ehemaligen Streiterischen Verwandlungsverband 2411 Mitglieder zählten. Von keiner dieser Organisationen sind Ziffern über den Mitgliederbestand zu erfahren. Man ist ängstlich bemüht, das Licht unter dem Scheffel zu halten.

Wenn wir zurückschauen auf zwei Jahrzehnte gewerkschaftlicher Organisationsarbeit, dann können wir das im Bewußtsein stolzer Freude tun. Mit grimmigem Herzen und knirschenden Zähnen mußten wir uns mühselig unseren Weg bauen. Oft schien es, als ob die Macht der Anstaltsleitungen wie granitene Felsen, das Kriecher- und das Schieberium und auch der Ständesdünkel gleich Schmaroherpflanzen uns unüberwindliche Hindernisse bereiteten. Im Kleinen wie im Großen schafften aber tausend und aber tausend Hände am Werke. In gemeinsamer Arbeit mit allen in den Gemeinde- und Staatsbetrieben organisierten Kollegen haben wir unsere gewerkschaftlichen Kämpfe führen und Erfolge verzeichnen können. Das kann und muß sich bei geschickter, nicht rastender Werbearbeit befruchtend auf die Stärke unserer Organisation auswirken. Paul Schulz.

Der Kampf um die Arbeitszeit des Krankenpflegepersonals



elt Besuchen unserer Organisation führen wir den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten. Bis zum Jahre 1918 konnten nur in Einzelfällen Erfolge dieses Kampfes gebucht werden, denn all die Mißstände, die sich im Krankenhausleben in erster Linie auf Grund der überlangen Arbeitszeit des Krankenpflegepersonals zeigten, wurden von den verantwortlichen Kreisen geflissentlich übersehen und bei ihrer Veröffentlichung durch unsere

Presse oder bei der öffentlichen Feststellung im Deutschen Reichstage als Übertreibung, Verhehung und Verleumdung hingestellt. Auch

dann noch, als die Berechtigung der von uns erhobenen Anklagen zugegeben werden mußte, als auf Grund einer vom Reichsgesundheitsamt selbst veranstalteten Umfrage statistisch nachgewiesen wurde, daß die Arbeitszeit des Krankenpflegepersonals weit über das für die übrigen Arbeiter übliche Maß hinausging und Arbeitszeiten von 15 bis 16 Stunden pro Tag keine Seltenheit waren und z. B. in Preußen die durchschnittliche Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten, die Nachtwachen nicht eingerechnet, 14 Stunden pro Tag betrug, auch dann noch war die Gesetzgebung nicht bereit, in irgendeiner Weise helfend einzugreifen. Die Bundesstaaten waren einstimmig gegen eine reichsgesetzliche Regelung und die Parteirepräsentanten im Reichstag, mit Ausnahme der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, beschränkten sich darauf, in schönen Worten die Opferfreudigkeit und die Hilfsbereitschaft des Pflegepersonals anzuerkennen. Alle Anträge jedoch, die darauf hinzuliefen, selbst nur die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen, wurden abgelehnt. Als die Sozialdemokratische Partei im Januar 1913 eine Resolution einbrachte, die unserer programmatischen Forderung entsprach und eine Dienstzeit von täglich acht Stunden und die Gewährung einer wöchentlichen Ruhepause von mindestens 36 Stunden für das Pflegepersonal vorsah, wurde dieser Antrag als viel zu weitgehend und über das Ziel hinauschiehend abgelehnt. Als aber ein Jahr später dieselbe Partei, um den Übergang zum Achtfundentag zu erleichtern und um wenigstens der schlimmsten Ausnutzung des Pflegepersonals einen Riegel vorzuschieben, die gesetzliche Festlegung einer Höchst-arbeitszeit von 12 Stunden pro Tag inklusive zwei Stunden Pause beantragte, verfiel auch dieser Antrag einer Ablehnung.

Erst die Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. November 1918 holte mit einem Schlage das nach, wozu der deutsche Reichstag sich trotz mehr als zehnjähriger Beratungen, Erhebungen und Feststellungen nicht hatte entschließen können. Diese Verordnung stellte das Krankenpflegepersonal den gewerblichen Arbeitern gleich und gab auch ihm ein Anrecht auf den Achtfundentag. Unserer Organisation jedoch fiel die Aufgabe zu, sich in den Anstalten für die Durchführung der gesetzlichen Verordnung einzusetzen.

Achtzehn Jahre lang hat der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit gewährt, um endlich mit Hilfe der Revolution und der Volksbeauftragten einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen. Aber auch jetzt gab es keine Zeit zum Ausruhen. Nunmehr lehnte auf der Gegenseite der Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit ein. Konnten wir uns bei unserem Kampfe lediglich auf unser gutes Recht, auf den gesunden Menschenverstand und die Macht unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen

stützen, so standen der Gegenseite alle Machtmittel der bürgerlichen Gesellschaft einschließlich der bürgerlichen Arbeitnehmerverbände zur Verfügung. Herzliche und kirchliche Autoritäten, Verwaltungsbeamten aller Art, die Presse aller Schattierungen, wurden aufgeboten, um den Nachweis zu führen, daß der Achtfundentag im Krankenpflegeberuf ein Übel sei, daß er die Kranken schädige, das Verantwortungsgesühl und die sittliche Qualität des Pflegepersonals herabmindere und schließlich die Anstalten zu Ausgaben nötige, die diese zu tragen nicht imstande seien. Den Nachweis für die aufgestellten Behauptungen sind die Gegner des Achtfundentages durchweg schuldig geblieben und besonders diejenigen, die stets die finanzielle Not der Krankenhäuser an die Spitze ihrer Ausführungen setzten, werden heute

jugehen müssen, daß selbst die Wiedereinführung einer 14stündigen Arbeitszeit die Krankenanstalten nicht vor den verheerenden Wirkungen der Inflation hätte schützen können. Diesem gemeinsamen und planmäßig geführten Kampfe der Arbeitgeber gegen den Achtfundentag, der leider auch durch das wankelmütige Verhalten der christlichen Organisation und dem offenen Übergang der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen auf die Seite der Anstaltsleitungen unterstützt wurde, gelang es, die Regierung zu einer gesetzlichen Maßnahme zu veranlassen. Bereits nach fünfjährigem Kampfe konnten die Arbeitgebervertreter einen Erfolg buchen, der allerdings ihren weitgehenden Wünschen noch immer nicht genügend Rechnung trägt, trotzdem die Verordnung über die Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten es den Anstaltsleitungen überläßt, Dauer und Verteilung der Arbeitszeit zu regeln, die nur zehn Stunden am Tage nicht überschreiten darf und durch angemessene Pausen unterbrochen sein soll. — Außerdem schließt die Verordnung das beamtete und charitative Pflegepersonal, also diejenigen von ihren Wirkungen aus, für die die Anwendung der Verordnung trotz aller Rückständigkeit dennoch hätte ein Vorteil werden können. Dieses Personal ist nach wie vor der Willkür, des Wohlwollens, der Anstaltsleitungen ausgeliefert, und wir wissen bereits aus unserer Erfahrung,

besonders aus den letzten Vorgängen in den Provinzanstalten, daß das von den Anstaltsleitungen so oft gerühmte Wohlwollen dem Personal gegenüber nur da zu finden ist, wo eine kraftvolle Organisation die Vertretung der Interessen des Personals übernommen hat. Fehlt diese Organisation, so fehlen auch die Vorbedingungen für das Wohlwollen der Anstaltsleitungen, der traffe Arbeitgeberstandpunkt macht sich bemerkbar.

Darum müssen wir, wenn wir die Verhältnisse innerhalb der Krankenpflegeanstalten ändern wollen, uns auf unsere eigene Kraft verlassen. Wir dürfen heute getrost zugeben, daß wir in dem Kampf um die Arbeitszeit eine Schlacht verloren haben. Das kann uns aber nicht veranlassen, den Kampf um die Arbeitszeit aufzugeben. Die Reichskonferenz in Dresden soll uns Mittel und Wege weisen, wie dieser Kampf in Zukunft zu führen ist. Das Ziel steht im Auge, von dem einen Willen befeuert, in diesem Kampfe zu siegen und der Organisation die Mittel zu schaffen, die sie zur Durchführung dieses Kampfes braucht, so wollen wir mit frischem Mut von neuem unseren Weg gehen. Mögen auch die Arbeitgeber sich momentan ihres Sieges freuen, sorgen wir dafür, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen und daß in den Anstalten immer neue Kämpfer für den Achtfundentag erstehen, dann wird zuletzt der Sieg doch unser sein!

Marie Friedrich-Schulz.



Zeit über alle Welt hinaus vermag des Menschen Geist zu dringen, wenn mit ihm starke körperliche Kraft in voller Harmonie zusammenklängen.

Jedoch, wenn eines von beiden nur dem Menschen ihren Dienst versagen, Da wird das stolze Lebensschiff zum Wrack und froher Jubelsang wird dumpfes Klagen.

Des Leibes Schmerz, der Seele Not zu lindern, eh das Herz zerbricht, eilt Hygieia sorgend schnell zu Hilfe, denn Nächstenliebe ist ihr höchste Pflicht.

So seid auch Ihr zu hohem Wert berufen, die Ihr der Menschen Geist und Körper hegt, die Ihr in stetem Schaffen, stillen Wirken den kranken Menschen sorgsam heilt und pflegt.

Ihr seid der Menschheit Kameraden, in schwachen Stunden seid Ihr jene Kraft, die auch im schwersten Dienst nicht wird versagen, bis daß der Liebe Werk zu End geschafft.

Und wirkt Ihr weiter so in edlem Tun, die Menschlichkeit mit Liebe zu vereinen, dann wird auch Euch des Lebens höchster Lohn: des freien Menschseins Freuden Sonne scheinen.

B. Ulan.

Unsere Aus- und Fortbildung



Bei Betrachtung der Krankenpflege müssen wir eingedenk sein: Unser freigewerkschaftliches Ringen um die obligatorische Aus- und Fortbildung des gesamten Krankenpflegepersonals steht im Vordergrund aller unserer so verschieden gearteten Gewerkschaftskämpfe. Wohl dürfen wir den Ausbau des Arbeitsnachweises nicht veräumen. Wohl bleiben uns Lohnkämpfe nicht erspart. Wohl sind wir gezwungen, unsere Forderung nach der achtstündigen Arbeitszeit immer wieder geltend zu machen. Wohl führen wir mit aller Schärfe Kämpfe um die Erhaltung der Ferien, Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle und anderer Verbesserungen der sozialen Inhalte unserer Tarifverträge. Wohl müssen wir unermüdlich am Ausbau des Arbeitsrechtes und Einführung des Beamtenrechtes schaffen. Aber über all dies stellen wir doch ganz bewußt die Forderung nach obligatorischer Ausbildung, staatlicher Prüfung und Spezialfortbildung des gesamten, im Gesundheitswesen tätigen Personals. Wir haben mehr und mehr erkannt, daß der Weg zum technisch wohlgeordneten Krankenpflegeberuf nur führen kann über die Lösung des Problems der Aus- und Fortbildung, das zugleich ja auch das Problem der beglückten Berufsauslese ist.

War die Krankenpflege ebendamals eine freie Liebestätigkeit, die oft mehr im religiösen als im medizinischen Erfolg ihre Erfüllung sah, so macht sich heute eine Entwicklung zum technisch geordneten Beruf allenthalben bemerkbar. Bei fortschreitender Erklarung der weltlichen Krankenpflege stirbt die freie Liebestätigkeit immer mehr, ohne daß sich aber der wohlgeordnete Lebensberuf schon endgültig durchgesetzt hätte. Wir sehen eben mitten in einer Entwicklung. Niemand fühlt schmerzlicher diese Zwitterstellung als das Krankenpflegepersonal selbst. Im freigewerkschaftlichen Zusammenschluß der Berufs- und Schicksalsgenossen vollzieht sich der erste bewußte Schritt, der aus diesen unbefriedigenden Arbeitsverhältnissen herausführen soll. Der gemeinsame, wohlüberlegte Kampf um Aus- und Fortbildung wird dann zum Hebel, der letzten Endes die erstrebte Wertschätzung des Berufes herbeiführen soll und somit die Entwicklung zum geordneten Lebensberuf beschleunigen wird.

Die fernere Gestaltung der Krankenpflege ist von drei Seiten aus problematisch. Einmal muß sich die Medizin und der Mediziner damit beschäftigen. Wir im Beruf stehenden haben das Gefühl, daß von dieser Seite etwas allzu leichtfertig an das Problem herangegangen wird. Die meisten Mediziner trotzen in den allhergebrachten, ausgetretenen und unzulänglichen Bahnen nur so mit. Sie sehen in der heutigen Krankenpflege durchaus nichts Fragwürdiges. Nur in einigen modernen Mediziner, die mehr die große Bedeutung der Krankenpflege erkannt haben und darum auch der rein pflegerischen Ausbildung der Ärzte größere Bedeutung zumessen, können wir einige Bundesgenossen finden.

Sehr stark ist auf der anderen Seite am ferneren Ausbau der Krankenpflege die breiteste Öffentlichkeit interessiert. Mehr in den Vordergrund treten dabei die Patienten, ehemalige Patienten und deren Angehörige. Die Organe der Öffentlichkeit, Staat und Kommunen wiederum verhalten sich mehr wie Medizin und Mediziner. Mühe schon Lorenz von Stein zu seiner Zeit den „Regierenden“ zuzurufen, es sei keineswegs unter der Würde einer weisen Obrigkeit, ihr Augenmerk auf die Personen zu richten, welche sich dem Geschäft, Kranke zu warten, widmen, so muß auch heute noch gesagt werden, daß wir dort viel Verständnislosigkeit für unsere Forderungen finden. Staat und Kommunen gegenüber können wir gar nicht nachhaltig genug unsere Forderungen geltend machen. Aus der breiten Öffentlichkeit aber, diesem großen Reservoir gesellschaftsbildender Kräfte, erwachsen uns wirksame Unterstützungen in der Richtung unserer Kämpfe, sofern wir uns, wie bisher, nicht nur leisten lassen von egoistischen Motiven, sondern immer auch das Wohl und Wehe des großen ganzen, eben der Allgemeinheit, im Auge behalten. Viel mehr, als es bisher geschah, müssen wir der Öffentlichkeit von unseren Bestrebungen Kenntnis geben. Den Kampf um das Gesetz über die Ausübung der Krankenpflege sollten wir in der breitesten Öffentlichkeit austragen, so daß ganz allgemein auch die Gründe für unsere Forderungen gewürdigt werden könnten. Möge die vierte Reichskonferenz nach dieser Richtung hin gangbare Wege finden.

Zuletzt aber sind es wir selbst, die praktisch Ausführenden des Gesundheitsdienstes, die an der ferneren Gestaltung der Kranken-

pflege wesentlich interessiert sind. Wir begingen kräftige Unterlassungssünden, wollten wir uns allzusehr auf die Arbeit der vorgenannten Faktoren verlassen. Wir haben die schwere Aufgabe, die eigenen Kräfte restlos zusammenzufassen, um sie dann in der von uns gewünschten Richtung auf die Umgestaltung der Krankenpflege wirken zu lassen. Deshalb kommt es vor allem sehr darauf an, dem gesamten Krankenpflegepersonal die Notwendigkeit restlosten Zusammenschlusses in unserer Gewerkschaft, der Reichskonferenz Gesundheitswesen, begreiflich zu machen. Wer den technisch geordneten Lebensberuf will, wer zur Hebung der Krankenpflege beitragen will, der gehört in unsere Reihen. Jeder einzelne muß mithelfen, unsere Aus- und Fortbildungsforderungen zu verwirklichen. „Einzeln sind wir nichts, vereint alles!“ Der einzelne ist den technischen Verhältnissen gegenüber machtlos. Im Zusammenschluß Gleichgesinnter erst werden umgestaltende, einflussreiche Kräfte lebendig. Je größer und fester der Zusammenschluß, um so gewaltiger die Wirkung. Dieser wichtigen Einsicht sollten sich keine Kollegin und kein Kollege länger verschließen. Der einzelne bleibt den Verhältnissen gegenüber immer machtlos. Erst im Zusammenschluß Gleichgerichteter werden umgestaltende Kräfte lebendig.

Im Vordergrund der Tagesordnung unserer 4. Reichskonferenz steht die Aus- und Fortbildungsfrage. Wir dürfen die Schwierigkeit der Durchführung unserer Forderungen nicht verkennen. Die unglückselige Sündflut der Inflation hat in den nach der Jenaer Konferenz einsethenden Fortschritt und Aufbau auf dem Ausbildungsgebiete einen großen Damm gerissen. Die Berufsforderungen wurden verdrängt von den Sorgen um die nackte Existenz. Bei Lohn- und Tarifkämpfen blieben wir mitten in einem verheißungsvollen Ansatze zur Durchführung unserer Forderungen stehen. Bis zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes durch die Regierung über die Ausübung der Krankenpflege war der Erfolg unserer zielbewußten Arbeit fortgeschritten. Da kam der Stillstand.

Die vierte Reichskonferenz wird, gestützt auf das neuerliche Gestärken unserer Organisation, den Kampf neu beleben, wird neue Wege weisen, neue Kräfte ihm dienlich machen, die sich dann draußen im Lande auswirken werden zur Ausgestaltung der Krankenpflege und damit letzten Endes zum Wohle der kranken Menschen.

Der Kampf ist schwer, riesenschwer. Aber gerade darum ist er des Kampfes wert. Das wären schlechte Kolleginnen und Kollegen, die ohne Interesse beiseite stehen wollten, bei der zwar schweren aber doch so schönen Aufgabe: Ausbau der Krankenpflege zu einem heilbringenden, wohlgeordneten Lebensberuf. . . .

Aus Kämpfen und Ringen gestaltet sich geschichtliches Werden. Leben heißt kämpfen. Die Summen der Gegenstände innerhalb der Lebenskreise ergeben den Ausdruck des jeweiligen Kultur- und Lebensstandes. Auch uns bleiben solche Kämpfe nicht erspart. Nur der versteht den Sinn seines Daseins recht, der bei verantwortungsvoller Prüfung sein Lebensziel erkennt und um die Erreichung desselben kämpft.

In uns ist überaus lebendig die Sehnsucht nach beruflicher Lebenserfüllung. Wir sehnen uns nach dem „Lebensberuf“. Leider finden wir die Möglichkeit für einen Lebensberuf in der Kranken- und Irrenpflege gar nicht vor. Im Gegenteil. Wir müssen uns solche Möglichkeiten zu innigem Verwachen mit dem an sich sehr schweren Berufe erst erkämpfen. Wer wollte nicht so mit seiner ganzen Persönlichkeit im Berufsleben stehen. Nichts schmerzt die berufstrendigen Pflegepersonen doch mehr als der Mangel aller Voraussetzungen für lebensberufliche Tätigkeit in der Krankenpflege. Die Erkenntnis des Fehlens solcher Voraussetzungen muß naturgemäß die Richtung unseres Daseinstampfes bestimmen. Und da ist das Ringen um die Berufsabgrenzung der erste Schritt, die elementarste Forderung. Noch ist die Krankenpflege kein abgeschlossener Beruf. Wer pfuscht nicht alles im Gesundheitsdienst herum. Ein grenzenloser Wechsel kennzeichnet deshalb auch die Personalisten der Krankenhäuser. Von Berufsauswahl kann gar nicht die Rede sein. Da wird in einem fort eingestellt und entlassen, als wenn das der Krankenpflege besonders dienlich wäre. Erst die von uns geforderte obligatorische Ausbildung mit staatlicher Abschlußprüfung und Spezialfortbildung wird hier bedeutungsvollen Wandel schaffen. Und darum: Unser freigewerkschaftliches Ringen um die obligatorische Aus- und Fortbildung des gesamten Krankenpflegepersonals steht im Vordergrund aller unserer so verschieden gearteten Gewerkschaftskämpfe. Oskar K u r p a l - Leipzig.

gerlichen
ände zur
ktungsbe-
geboten,
Kranken-
Verant-
s herab-
diese zu
iten Be-
schuldig
Not der
den heute
stößt die
stündigen
ten nicht
ngen der
en. Dic-
lanmäßig
beigeber
er leider
rige Ver-
rganisation
gang der
Kranken-
der An-
urde, ge-
zu einer
verant-
sähigem
geberver-
der all-
Wünschen
Rechnung
ung über
tenpflege.
teilungen
itung der
nur zehn
rschleiten
e Pausen
lufgerdem
beamtete
onal, also
ngen aus-
er Verord-
t dennoch
können.
vor der
der An-
und wir
Erfahrung,
anstalten,
ollen dem
e Organi-
nnen hat.
n für das
Standpunkt
schab der
eigene
h wir in
den. Das
sitz auf-
und Wege
sel steht im
liegen und
sführung
on neuem
momentan
ht in den
mpfer für
och unser
Schulz.

Willkommen in Dresden



en Delegierten der im September stattfindenden Reichskonferenz Gesundheitswesen sollen diese Zeiten gewidmet sein. Sie sollen ihnen einen kleinen Blick in die Konferenzstadt Dresden verschaffen, die in landschaftlicher Schönheit, in Kunstbauten, Sammlungen und Museen von den meisten modernen Großstädten Mitteldeutschlands, die ebenfalls zugleich Handels- und Industriestädte sind, nicht übertraffen wird. Dresden breitet sich an den Ufern der Elbe aus, wird umrahmt von fruchtbaren Hügeln, von Wieje, Wald und Feld. Mitten in dem Getriebe der Großstadt, von den ersten Tagen des Frühlings bis in den späten Herbst das Bild einer blühenden Landschaft: Plätze, Alleen, bunte Gärten und reiche Parkanlagen zeigen, daß Stadtverwaltung und sächsische Regierung bemüht sind, äußerlich die Stadt aus dem allgemeinen Gepräge einer Industriestadt zu heben.

Ueber die Ringstraße, wo sich früher Wallgraben und Mäule der Festung befanden, vom Hauptbahnhof kommend, betritt man die innere Stadt. Die Prager- und ihre Verlängerung, die Seestraße führen uns auf den Altmarkt, der teilweise von alten, einfachen Häusern umschlossen wird und von dem enge alte Gäßchen abzweigen. Das schönste Gebäude ist das alte Rathaus, erbaut 1745 von dem Mitschöpfer des Dresdener Barockstils, Johann Christoph Knöfjel. Als einen modernen Anbau finden wir ein Werk des Stadtbaumeisters Erlwein: die Löwenapotheke. In der Schloßstraße erblicken wir noch Häuser aus dem 17. Jahrhundert und am Ende dieser Straße das Schloß mit dem Georgentor. Vorher rechts ein Laden der Meißner Porzellanmanufaktur und die alte Schloßapotheke. Der Turm des Schlosses, charakteristisch für die Silhouette Dresdens, ein Werk aus dem 17. Jahrhundert, von Wolf Kalpar von Kienel. Schöner als die oftmals gestülpte Fassade sind die beiden aus dem 16. Jahrhundert stammenden Schloßhöfe — edle Renaissance. Am Ausgangstor nach dem Jüdenhofe das kostbare Renaissance-Portal voll herrlicher Bronzearbeit. Die Porzellanammlung am Stallhof — Kenner nennen sie einzig in der Welt bestehend — zeigt ostasiatische und europäische Porzellanunst. Nicht unbedeutend ist hier das historische Museum, das Grüne Gewölbe, das die Juwelen und Kostbarkeiten der reichen Sammlung Augusts des Starken enthält, wie überhaupt das Innere des Schlosses viele alte Teile mit modernen Ergänzungen zeigt. Eine der reichsten Dresdener Architekturen findet ihren Niederschlag in dem Bau der katholischen Hofkirche, die 1737—1751 von dem Italiener Gian Lorenzo Bernini erbaut wurde. Die 64 Statuen sind zum größten Teil von Martelli aus Sandstein gehauen. Die Kanzel ist von Permoser geschnitten und die Meisterorgel des berühmten sächsischen Orgelbauers Silbermann vervollständigt im Innern den großartigen Bau.

Von der Brühlischen Terrasse entrollt sich dem Auge ein unvergleichliches Bild; der Blick schweift auf den Theaterplatz (dort die nach den Plänen Gottfried Semper's von dessen Sohn Manfred in den

70er Jahren erbaute Oper) über die Elbe und das Neustädter Ufer bis zu den Köhnh- und Loshwihöhden. Die Brühlische Terrasse, genannt nach dem Minister des Kurfürsten August III. (gleichzeitig als Friedrich August II. König von Polen), der dort sein Palais und seinen Garten auf der alten Festungsbasti hatte, wo ehemals das Laboratorium des Porzellanerfinders Böttger gestanden hatte, wurde im Anfang des 19. Jahrhunderts der Allgemeinheit durch eine breite Treppe erschlossen. — Ein weiterer unvergleichlicher Platz mit viel verschiedenartigen Meisterwerken ist der von Pöppelmann 1711 begonnene Bau des Zwingers: das eigentümlichste Kunstwerk des Dresdener Barock. Hier das Semperische Galeriegebäude, das die weltberühmte Gemäldegalerie, das Kupferstichkabinett und verschiedenes mehr enthält. Die Symmetrie der Gartenanlagen erhöht jetzt noch den Reiz des Zwingers.

Auf der schönen Allee der Ringstraße erhebt sich das neue Rathaus mit seinem 100 Meter hohen Turme. Unweit davon die älteste Stadtkirche Dresdens, die Kreuzkirche, die in der jetzigen Gestalt Ende des 18. Jahrhunderts von Johann Georg Schmidt erbaut wurde. Im Innern wurde sie nach einem Brande von 1897 modernisiert. Weit und wundervoll geschlossen liegt der charakteristische Alt-Dresdener Platz, der Neumarkt. Hier steht die von Georg Bähr geschaffene Frauenkirche, mit der von innen gemachten freischwebenden Kuppel. Vom Neumarkt geht es zum ehemaligen Stallhof des Schlosses, das Johanneum, das schon 1467 sehr kostbar erbaut worden ist. 1729 erhielt er die jetzige Gestalt. Als Waffenmuseum und Rüstkammer wurde es schon seit dem 16. Jahrhundert verwandt. Später wurde hier die sogenannte Mengsische Abgusssammlung von Plastiken der Antike und der Renaissance untergebracht.

Wenige Minuten vom Zentrum der Stadt sind Erholungsorte der Dresdener: Die Bürgerwiese, der Große Garten und der Zoologische Garten. Linden- und Kastanienalleen, Wege zwischen Wiesen und kostbar bepflanzt Blumenbeeten, unter exotischen Bäumen, Rhododendron- und Magnolienhainen, an Teichen mit Gondelfahrten vorüber führt der Weg zu dem im reichsten Renaissancestil 1679 erbauten und 1754 verschönerten Schloß. Nicht zu übersehen ist der Botanische Garten mit sehenswerten Gewächshäusern, in denen seltene Pflanzen gezogen werden. Vom Großen Garten gelangen wir in den herrlich angelegten Zoologischen Garten. Dem Großen Garten schließt sich links an der Städtel-Allee der städtische Ausstellungspalast an, in dem vom Jahre 1922 ab die „Jahresschau deutscher Arbeit“ stattfindet. Jetzt die sehenswerte Textilausstellung.

Von größeren Heilanstalten sind zu nennen die städtische Heil- und Pflgeanstalt in der Löblauer Straße, die städtischen Krankenhäuser Friedrichstadt und Johannstadt, das vom Albertverein gegründete Krankenhaus „Carolahaus“, die Diakonissenanstalt in der Bauhener Straße und die staatliche Frauenklinik. Auf der Höhe von Loshwih und Weiher Hirsch befinden sich das weltberühmte Lahmanns Sanatorium und das Sanatorium von Dr. Möller. Ferner sei von den vielen Badeanstalten noch das städtische Gängebäd am Elberg erwähnt. — In





unmittelbarer Nähe des Bahnhofes „Wettiner Straße“ befindet sich das Heim der Dresdener Arbeiterschaft, das Volkshaus. Es dient unserer Konferenz als Tagungslokal. Hier versammelte sich auch im Jahre 1909 unser 5. Verbandstag. Die Geschichte des Volkshauses ist interessant genug. Die königlich sächsische Regierung, ihre Polizei und ihr Militarismus haben immer ihren Stolz daran gesetzt, in der Brutalität gegenüber der Arbeiterschaft in Deutschland sonangebend zu sein. Zu den Schiksen gehörte auch, daß alle Cafés, in denen jemals eine gewerkschaftliche oder sozialdemokratische Versammlung abgehalten wurde, mit dem Militärboykott belegt wurden, den das ferocile Spießbürgertum nur allzu gern unterstützte. So gab es nur wenige Gastwirte und Saalnhaber, die ihre Lokalitäten der Arbeiterschaft zur Verfügung stellten. Dieser Lokalmangel wurde mit dem Anwachsen der Arbeiterbewegung immer fühlbarer. Zudem machte sich das Bedürfnis nach Errichtung von Gewerkschaftsbureaus mehr und mehr geltend. So beschloß denn eine öffentliche Arbeiterversammlung im Jahre 1902 im „Trianon“, nach einem Referat des im Jahre 1922 leider viel zu früh verstorbenen sächsischen „Landesvaters“ Karl Sindermann, den Bau eines Gewerkschaftshauses. Ein Ausschuß zur Ausführung des Beschlusses wurde eingesetzt, dem neben Sindermann auch der Bauarbeiterführer August Friedlich angehörte. Die Mittel sollten durch Ausgabe von Anteilscheinen von 5 bis 100 Mark und durch finanzielle Beteiligung der Gewerkschaften und der Partei aufgebracht werden. In einer bald darauf folgenden zweiten Versammlung konnte Sindermann berichten, daß der Ausschuß das „Hotel zum Schwan“, Rühbergstraße 2 (wozu auch das Haus Magstr. 13 gehört), gekauft habe. Die Dresdener Arbeiterschaft hatte nunmehr ihr eigenes Heim, das sie vorkriegs mit Stolz ihr Regierungsgebäude nannte. Das immer stärkere Anwachsen der Gewerkschaften bedingte ein immer stärkeres Verlangen nach Bureauräumen. Bald mußten die benachbarten Häuser dazugekauft werden, so daß sich das Volkshaus zu seiner heutigen Größe auswuchs.

Eine stärkere Gewerkschaftsbewegung des Personals im Gesundheitswesen entstand erstmalig im Herbst 1905. In der Heil- und Pflegeanstalt (damals noch Stadt-Irren- und -Siechenhaus genannt) bäumte sich das Personal gegen die jahrelang ertragene Kasernenbehandlung und Arbeitsüberbürdung endlich auf. Ein Artikel in unserer „Sanitätskarte“, der gegen die Mißstände in der „Sieche“ Front machte, gab das Signal zum fast vollzähligen Zusammenschluß der Kollegenschaft. Der Erfolg war, daß der Rat der Stadt Dresden bald die ärgsten Mißstände abstellte. Leider fand der Mahnruf an das Personal der anderen Krankenanstalten, dem Beispiel der Kollegenschaft vom Siechenhaus zu folgen, kein Echo. Die Vereinsmeierei, die namentlich im Krankenhaus Friedrichstadt blühte, und die Abneigung gegen alles Rote ließen keinen gewerkschaftlichen Gedanken aufkommen. Auch in der Heil- und Pflegeanstalt brach nach Jahresfrist die Bewegung wieder zusammen. Die Anstaltsverwaltung hatte bald ihre alte „Kurage“ wiedergewonnen und rächte sich durch Maßregelung der eifrigsten Verbandstollgeninnen und -kollegen für den ausgestandenen Schrecken. Die übrige Kollegenschaft, dadurch eingeschüchtert, verließ nunmehr den Verband. So verfiel hier die Gewerkschaftsbewegung in den Dornröschenschlaf, aus dem sie erst die Revolution wieder erweckte. — Das Personal in den Privatbadeanstalten, in der Privat-

krankenpflege usw. hatte sich zum Teil vor dieser Bewegung schon, unter Führung des Kollegen Robert Uhl, zum „Sanitätsverein“ zusammengeschlossen. Dieser bildete eine Ortsgruppe des Zentralverbandes der Masseure und Krankenpfleger. Als letzterer sich am 1. Juli 1904 mit unserem Verbands verschmolz, trat auch der Sanitätsverein zu unserer Dresdener Filiale über. — Doch kehren wir nach dieser Abschweifung zur Betrachtung unserer Stadt zurück.

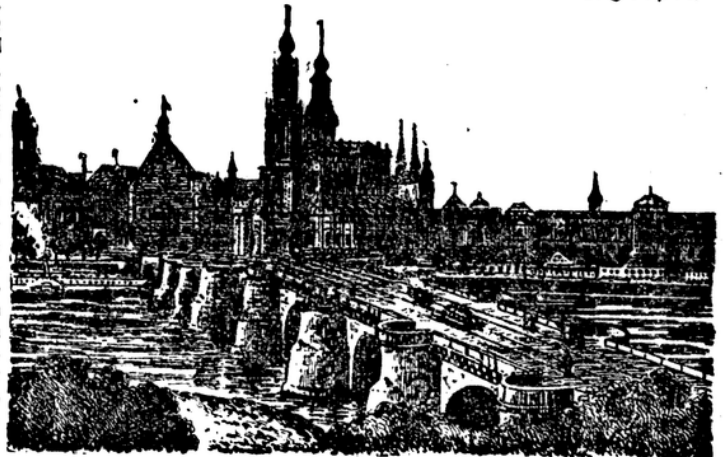
Die berühmte Silhouette Dresdens zeigt die Hauptbrücke der Stadt, die Friedrich-August-Brücke, die von Wilhelm Kreis 1910 neugestaltet wurde, und die nach der Neustadt, dem ehemaligen alten Dresden, führt. Der Plan der Neustadt stammt von August dem Starken und seinen Baumeistern. Ein großer Brand hatte Anfang des 18. Jahrhunderts fast ganz Alt-Dresden zerstört. Bemerkenswert in der Neustadt ist noch das Mitte des 18. Jahrhunderts erbaute alte Rathaus, die Dreikönigskirche von Pöppelmann und Bähr, das Japanische Palais: ein Meisterwerk des Barock mit der reichen Fassade (erbaut von Pöppelmann und Congelune). Ein köstlicher Park umgibt das Palais bis zur Elbe hinunter.

Wenn den Delegierten ein Bild in das Wesen Dresdens als Kunststück gegeben werden sollte, so sollen diese Zeilen keinen Führer durch Dresden darstellen. Viel Sehenswertes ist bei dieser Schilderung zu kurz weggekommen, vieles unerwähnt geblieben. Die Konferenzbesucher sollten angeregt werden, nach den Arbeiten der Konferenz die Architekturen des Barock, der Renaissance, die herrlichen Fassaden der Malerei, der Handwerks- und Porzellan Kunst vergangener Zeiten unmittelbar auf sich wirken zu lassen.

Schließlich sei noch auf die Vorstädte verwiesen. In der Nähe des Palais Marcolinis ist der alte katholische Friedhof mit den Grabentwürfen des großen Barock-Bildhauers Bernauer und Carl Maria von Webers. Von den Rädlich-Höhen bietet sich ein Fernblick über die ganze Stadt und ein noch umfassenderes Bild von den Höhen der Vorstädte Plauen und Dölzchen, dem jetzigen Freital. Dort ein Stück ehemals romantisch-wilder Natur, felsige, schroffe Steinwände: der Plauensche Grund. Heute einer der wichtigsten Industriebezirke in der Nähe Dresdens.

Umrahmt wird das Dresdener Stadtbild von entzückenden Ausflugsorten: Pillnitz mit dem Lustschloß von Congelune in sinesisch hellere Barock, Moritzburg mit dem Jagdschloß aus dem 16. Jahrhundert, Großschloß mit seinem kleinen Schloß und dem prächtigsten Barockpark, den Sachsen besitzt, Meißen, die alte Bischofsstadt, Hellerau, die erste Gartenstadt Sachsens am Rande des Hellers, des früheren großen Truppenübungsplatzes, und Coschütz und Weiher Hirsch als Kurorte von europäischem Rang. Nicht unerwähnt darf das sächsische Elblandsteingebirge, das sich an beiden Seiten der Elbe erhebt, die Sächsische Schweiz bleiben. Sie gehört schon seit 200 Jahren zu den berühmtesten Sehenswürdigkeiten Sachsens.

All diese Schönheiten der Natur, all die durch Geist und Kraft geschaffenen Werke zu genießen, soll dem Arbeitnehmer immer noch nicht gestattet werden. Industrie, Kommunen und Staat nagen an der freien Zeit des Beamten, Angestellten und Arbeiters. Das im Gesundheitswesen beschäftigte Personal wird am 6. und 7. September erneut beraten, welche Wege beschritten werden müssen, um sich an den Schönheiten der Natur, der Werke des menschlichen Geistes und der körperlichen Kraft ebenfalls erfreuen zu können. Deshalb rüftet zur Konferenz. Die Dresdener Kolleginnen und Kollegen rufen euch entgegen Willkommen in Dresden! G. Förster.



Beamtenfragen in der Krankenpflege

Sach der Staatsumwälzung am 9. November 1918 erließ der Rat der Volksbeauftragten einen Aufbruch mit der Ueberschrift „An das deutsche Volk“ (RGBl. 1303). Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung veröffentlichte in diesem ihr Programm und verkündete mit Gesetzeskraft 9 Punkte. Punkt 2 lautete „Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.“

Damit waren der Beamtenschaft die Fesseln genommen, die sie zu Menschen zweiter Klasse machten. Es war nicht mehr notwendig, sich nur an den „guten“ alten Beamtenverein zu halten, sondern man konnte Gewerkschaftler werden und mit den im Arbeitsverhältnis stehenden Kolleginnen und Kollegen Berufs- und Industriegruppenfragen besprechen und öffentlich behandeln.

In der Krankenpflege, wo schon für die im Arbeitsverhältnis stehenden schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestanden (14- bis 18stündige Arbeitszeit pro Tag), war das beamtete Pflegepersonal besonders schlecht gestellt. So war es denn leicht verständlich, daß die in der Beamtenschaft Vorwärtstrebenden mit den Arbeitern, die bereits ihre Organisation aufgezogen hatten, Hand in Hand gingen, um den Berufsstand zu heben und die Gesamtbedingungen des Arbeitsverhältnisses zu bessern.

Leider aber war ein größerer Teil der im Krankenpflegedienst tätigen Beamten durch die jahrelang blutere Autorität und der ideenlosen Disziplin in einen Zustand der Erstarrung und des Hörigkeitsgefühls verfallen, daß sie den Gang der Entwicklung nicht sahen. In Preußen wie auch in anderen Freistaaten wurden unter dem Druck der Vorgesetzten reine Beamtengewerkschaften ins Leben gerufen oder für das Krankenpersonal dienstbar gemacht. Es soll nicht verkannt werden, daß diese reinen Beamteneverbände durch die Behandlung der Beamtenfragen von allen erfahrenen, meistens höheren Beamten agitatorisch bei dem größeren Teil der unteren Beamtenschaft Erfolg hatten. Sie verstanden es, beamtenpolitisch zu schreiben und der Psychologie der Beamten Rechnung zu tragen. Gewerkschaftlich aber haben diese Organisationen fast keine Erfolge aufzuweisen. Wo sie hier und da eine Höhergruppierung ganzer Pflegerkategorien durchsetzten, da geschah es meistens auf Kosten der Arbeitsbedingungen, der Verlängerung der Arbeitszeit oder an Hand von Erfolgen, die durch unsere Organisation bereits anderswo erreicht waren. Man beachte nur einmal Bezirke, wo die Beamtengewerkschaften heute allein dominierend sind; dort kann man noch Arbeitszeiten bis zu 100 Stunden pro Woche feststellen.

Wir müssen erkennen, daß für das gesamte Krankenpflegepersonal, ob Arbeiter, Angestellte und Beamte, überhaupt für die gesamten unteren Beamten, die eine arbeiterähnliche Beschäftigung haben, diejenige Organisation die beste ist, die eine höchstmögliche Einheit in der Berufs- und Industriegruppe bildet. Diese Einheit wird nun einmal durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit seiner Sektion für das Gesundheitswesen wie auch für die Beamten ohne Zweifel erreicht. Die Argumente, daß in den Beamte organisierenden Arbeiterverbänden die Spitzenorganisationen die Beamtenfragen nicht erschöpfend behandelten, sind mit der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Beamtenebundes“ ebenfalls hinfällig geworden. Die drei freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, ADGB, AFA-Bund und ADB, behandeln die Standesfragen der Arbeiter, Angestellten und Beamten je besonders und dann auch wieder soweit gemeinsam, wie sie mit den Gesamtinteressen der deutschen Arbeitnehmerschaft in Berührung kommen. Durch eine solche Vertretung werden die Interessen auch der Beamten gewahrt.

Die Reichskonferenz für das Gesundheitswesen muß deshalb den Ruf in die deutschen Gaue ertönen lassen: hinein in unsere Beamtenabteilung, die eintritt: 1. für die Hebung des Berufsstandes, 2. für die Fortentwicklung des Beamtenechts im Rahmen des allgemeinen Sozialrechts, 3. für die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages, 4. für die sofortige Beschaffung von Beamtenräten, 5. für die Existenzsicherung der Mindestbezahlten in der Besoldungspolitik, 6. für die Bedarfsdeckungswirtschaft gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, 7. für eine gerechte Steuerpolitik, 8. für das uneingeschränkte Koalitionsrecht, 9. für die Demokratisierung der Verwaltungen und gegen den schematischen Beamtenabbau.

Mögen sich die Delegierten der Reichskonferenz bewußt werden, daß letzten Endes eine jegliche Entscheidung im Geistigen liegt, auch für die Beamteneorganisationen, die durch die Entwicklung der Idee die Förderung der Bewegung erreichen. Heinz Jülich-Halle.

Wir Schwestern

Eine führende Rolle nimmt unser Verband bei der Verfolgung der Interessen des Pflegepersonals ein. Es ist nicht unbekannt, daß die Erfolge, die unsere Organisation in materieller wie sozialer Hinsicht für das Pflegepersonal erreicht hat, große sind. Keiner der bestehenden Berufsverbände für Krankenpflegepersonen hat sich weder für die Erringung besserer Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse, noch für eine bessere beziehungsweise gründliche Berufsausbildung, noch für Verbesserung der sozialen Rechte der Krankenpflegepersonen in gleich aktiver Weise eingesetzt, wie dies die Sektion Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter tut. Die Gleichstellung des weiblichen und männlichen Personals ist gleichfalls ein Erfolg unseres Verbandes. Man müßte dieser allgemeinen Erkenntnis zufolge meinen, daß alle Pflegepersonen unserer Organisation angehören. Das ist bedauerlicherweise nicht so, denn wichtige Teile im Pflegeberuf, die Schwestern, stehen in ihrer Mehrzahl abseits. Uns, die wir seit Jahren den Wert unseres Verbandes erkannt haben, berührt das sehr schmerzlich, um so mehr, als wir durch das Abseitsstehen der übrigen Schwestern stets gewärtig sein müssen, alle bisherigen Erfolge zu verlieren. Es machen sich bereits Bestrebungen bemerkbar auf Abbau der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Schwestern. Daher ist Einigkeit innerhalb der Schwesternschaft notwendig. Wir müssen die Widerstände, die heute noch der Einigkeit im Wege stehen, zu überwinden versuchen. Die Auffassung innerhalb der Schwesternschaft, daß man nicht einer Organisation angehören könne, wo neben Pflegern und Schwestern auch Handwerker, Arbeiter und Hauspersonal der Anfallsbetriebe organisiert sind, ist leider noch sehr häufig anzutreffen. Diese Anschauung hält aber weder ethisch noch materiell einer ernsthaften Kritik stand. Genau so falsch ist der Gedanke, daß infolge der Struktur des Verbandes die Berufsinteressen der Schwestern nicht genügend gewahrt würden. Die oben erwähnten Tatsachen haben das Gegenteil hinlänglich bewiesen. Der hauptsächlichste Grund, der die Einigkeit der Schwestern hindert, ist der nahezu trantastische Berufsdünkel. Dieser Berufsdünkel wird innerhalb der Schwesternschaft von den eigens dazu bestellten Oberinnen in bisweilen klösterlicher Abgeschlossenheit besonders geübt. Der Kommunalbeamtenverband, in dem ein Teil der städtischen Schwesternschaft organisiert ist, und der weder in beruflicher noch sonst in irgendwelcher Beziehung etwas Durchgreifendes für die Schwestern getan hat, fördert im Berechnen mit den Oberinnen und den Verwaltungsbeamten nicht nur diesen Dünkel, sondern auch die Freiheitsbeschränkung. Der Kost- und Logiszwang für die städtische Schwesternschaft ist an manchen Orten sein Werk! Die „Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands“, in der gleichfalls ein Teil der Schwestern organisiert ist, hat folgende ein einziges Ziel: den „Schutz der Schwesternschaft“. Die erstliche Wahrnehmung von Rechten sozialer und wirtschaftlicher Art gehört nicht zu den Aufgaben dieser Organisation. Auch der christliche Verband zählt einige Schwestern in seinen Reihen.

Es muß aus allen diesen Gründen möglich sein, die Schwesternschaft von der Notwendigkeit unserer modernen Gewerkschaftsorganisation zu überzeugen und sie ferner von veralteten Gedanken zu befreien, die den vorwärtstrebenden Menschen unwürdig sind. Eine planvolle systematische Aufklärung dürfte auch bei der Schwesternschaft nicht ohne Erfolg sein, schon deswegen nicht, weil unsere Erfolge deutlich sichtbar sind. Die Oesterreicher, die uns bei Schaffung einer freigewerkschaftlichen Schwesternorganisation mit gutem Beispiel vorangegangen sind, dürfen in Zukunft nicht vereinzelt dastehen. Eins wird jedoch bei der künftigen Aufklärungsarbeit unseres Verbandes nötig sein, nämlich die Berücksichtigung von gewissen Sonderwünschen innerhalb der Schwesternschaft, wie Bildung von besonderen Schwesternsektionen, Schaffung einer Vermittlungsstelle für Stellungslose, u. a. m. Der Anschluß unseres Verbandes an den Allgemeinen Deutschen Beamtenebund hat bewirkt, daß ein Teil der städtischen Schwestern, der bisher im „Kombi“ organisiert war, zu unserer Beamtengruppe übergetreten ist. Ein wohl zu beachtender Umstand, der uns zu der Hoffnung berechtigt, daß die freiheligen Regungen in der Schwesternschaft für die künftige Einheitlichkeit der Schwestern von großem Nutzen sind. Wenn die Organisation sich der freiheligen gesinnten Elemente innerhalb der Schwesternschaft zur Aufklärungsarbeit bedient, so werden wir unseren Zielen, wenn auch nicht spontan, so doch allmählich näher kommen.

Schwester M. Kraschell-Berlin.

Organisierung der Hebammen



schon zu 30 Jahre lang hatte bis zum Jahre 1921 die Vereinigung Deutscher Hebammen als alleinige Berufsorganisation der freipraktizierenden Hebammen dominiert. In den meisten Orts- und Kreisvereinen waren die Kreisärzte oder die Hebammenlehrer Ehrenmitglieder und diese, nicht die Hebammen, gaben darin den Ton an, der mehr ihren Interessen und weniger denen der Hebammen entsprach.

Während der Revolutionszeit entwickelte sich in der DDH. eine Opposition, die Fühlung mit den freien Gewerkschaften nahm. Am 1. Juni 1921 traten daraufhin größere Mitgliedschaften zu unserem Verbande über. Die uns beigetretenen Hebammen bilden seitdem in der Reichsleitung „Gesundheitswesen“ die Abteilung: „Deutscher Hebammenbund“. Eine weitere Spaltung der DDH. folgte im Jahre 1922 ein. Die Landesverbände Bayern, Sachsen, Braunschweig, Bremen stellten radikal von der DDH. ab und schlossen sich zur „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Hebammenverbände“ mit dem Sitz in Leipzig zu. Im Jahre 1923 zerfiel auch noch der preussische Landesverband, der in seinem Kern ebenfalls der DDH. beitrug. Die Praktiken der DDH. werden nun getrennt von der DDH. weitergeführt. Der Kampf der DDH., der den alten Namen weiterführt, schlägt zwar „radikalere“ Töne an, er hat auch die intimen Beziehungen zu den Kreisärzten usw. abgebrochen, ist aber infolge der hilflosen Konfusion, die in der DDH. herrscht, nach wie vor zur Interessenvertretung der Hebammen ungeeignet. So bleibt also nur der „Deutsche Hebammenbund“.

Auch hier ist nicht alles Gold, was glänzt. Es muß festgestellt werden, daß unser Verband trotz gewerkschaftlicher Erfolge nicht die nötige Anziehungskraft auf die Hebammen besessen hat.

Die Ursachen sind mehrfacher Art. Die Hebammen gelten allgemein als freie Gewerbetreibende, stehen aber als Bezirkshebammen vielfach in einem Anstellungsverhältnis zu Kommunalverbänden oder Gemeinden. Auch die in Preußen neuerdings notwendige Niederlassungsgenehmigung bringt ein gewisses Anstellungsverhältnis über die Hebammen. Zudem fungieren über allen freipraktizierenden Hebammen die Kreisärzte und andere Behörden als Vorgesetzte. Das freie Hebammengewerbe ist also arg beschnitten. Trotzdem betrachten sich die Hebammen nicht als Angestellte und meinen, für sie als freie Gewerbetreibende seien die Arbeitnehmergewerkschaften nicht die richtigen Interessenvertretungen. Dieser Standpunkt wird allerdings auch von einzelnen unserer Verbandsfunktionäre geteilt, so daß bei diesen wiederum das nötige Verständnis und der Eifer zur Werbung der Hebammen für unseren Verband fehlen.

Trotzdem werden die Hebammen im Laufe der Zeit Gewerkschaftler werden. Die gebärende Frau läßt immer mehr aus ihrer Privatwohnung in die Entbindungsanstalt. Die Anstaltshebammen werden dadurch vermehrt und die freipraktizierenden Hebammen vermindert. Zudem geht die Entwicklung dahin, daß letztere in ein vollständiges Anstellungsverhältnis geraten werden. Die Hebammen verlangen das selbst. Bedeutsame Ansätze außer den schon angeführten sind vorhanden. Einzelne sächsische Gemeinden (Glauchau, Freital) haben bereits die Kommunalisierung des Hebammenwesens durchgeführt, und in Preußen ist ein Gesetz, das ein Beamtenverhältnis mit Altersversorgung für die Hebammen schaffen wollte, in der Landesversammlung nur durch einen Sabotageakt der Deutschnationalen im letzten Moment verhindert worden. Das Hebammenwesen verlangt gebieterisch nach Reform und einheitlicher Regelung durch ein Reichsgesetz. Das hat selbst der preussische Landtag bei Verabschiedung des Hebammengesetzes durch einstimmigen Beschluß gefordert.

Damit ist gezeigt, daß die Hebammen reif für die gewerkschaftliche Organisation sind. Wir sollten uns deshalb mehr als bisher dieser Berufsgruppe annehmen. Der Boden ist sicher schwer zu bearbeiten. Aber haben wir Gemeinde- und Staatsarbeiter darin nicht reichlich Erfahrung? Verzweifelte man in den 90er Jahren nicht auch nahezu daran, die indifferenten Gemeindegewerkschaften zu organisieren? Was für unendliche Mühe hat es gekostet, die Staatsarbeiter und vor allem das Kranken- und Irrenhauspersonal zu organisieren! Sollen wir nun an der Organisation der Hebammen verzweifeln? Nein, nimmermehr! Die Hebammen sind ein Zweig des Gesundheitswesens. Sie befinden sich auf dem Wege zur Gemeinde-, Kreis- oder Staatsangestellten. Also organisieren wir sie, wenn es auch schwer fällt!

G. Renner.

Stationäre und ambulante Krankenversorgung

Ein Kapitel für Privatpfleger, Massenträger usw.



In Unterschied zwischen stationärer und ambulante Krankenversorgung ist leicht erkennbar. Bei stationärer befindet sich der Kranke dauernd, bei ambulante nur zeitweise in Versorgung. In Krankenanstalten und ähnlichen Einrichtungen können die Kranken in stationäre und auch ambulante Versorgung genommen werden, je nach Art und Grad der Erkrankung. Bei der Erkrankung ist es entscheidend, ob der Kranke an seinen Aufenthaltsort gebunden ist oder nicht, und bei der Kuranwendung entscheidet die Kurrichtung und die Dauer der Anwendung über den jeweiligen Aufenthalt des Kranken am Kurort. Bei der ambulanten Krankenversorgung ist es auch möglich und sogar notwendig, daß der Kranke in seiner Privatwohnung von einer Versorgungsperson aufgesucht wird, die ihm die notwendige Versorgung angebeihen läßt. Diese Betreuung der Kranken im Privathause kann sich von einer kaum stundenweisen Dauer soweit ausdehnen, daß man auch hier von einer stationären Krankenversorgung sprechen kann. Es ist in vielen Fällen nur eine Frage nach den verfügbaren Mitteln, ob die stationäre Krankenversorgung im Privathause und in öffentlichen Krankenanstalten im Interesse des Kranken von gleicher und ausreichender Güte sein kann. Allerdings kann es nicht übersehen werden, daß in einer überreichlich großen Zahl von Fällen ein mit allem neuzeitlichen Komfort ausgerüstetes Krankenhaus im Privathause nicht ersetzt werden kann. Hiermit wäre oberflächlich beurteilt der Unterschied zwischen stationärer und ambulante Krankenversorgung gegeben, aber auch angedeutet, daß beide Arten der Versorgung soweit ineinander greifen, daß man fast von einem kreisförmigen Ineinanderfließen sprechen könnte.

Trotz einer einheitlichen Beurteilungsmöglichkeit gehören zur Erfassung des gesamten Krankenversorgungsgebietes viele Stappen, die gesondert gewertet werden müssen und die jede für sich einer gründlichen Beachtung wert sind. In derselben Weise wie die einzelnen Stappen des gesamten Krankenversorgungsgebietes gesondert beurteilt werden und in Wirkung treten, muß auch die berufliche Einstellung der ärztlichen Hilfspersonen dem Einzelfall der Betätigung angepaßt sein.

Auch bei dem ärztlichen Hilfspersonal trifft bei richtiger Einstellung das zu, was von den Versorgungsgebieten festgestellt werden konnte. Wie die Arten der Versorgung, die Spezialgebiete der Krankenpflege, jahresberährlich ineinander greifen, so treffen auch die Spezialbetätigungen des ärztlichen Hilfspersonals zusammen. In dieser Beurteilung liegt die Begründung, daß sowohl im Ursprung wie auch in der Auswirkung eine Zusammengehörigkeit oder sogar eine Einheitlichkeit für das gesamte Krankenversorgungsgebiet vorhanden sein muß, die sich über Einrichtung und Betätigung im speziellen wie auch allgemeinen erstreckt.

Die berechtigten Wünsche unserer Kollegen in sozialer wie auch beruflicher Richtung können nur dann erfolgreich vertreten werden, wenn sie zeitgemäß begründet sind. Noch nie war dies dringender notwendig, als es in der Jetztzeit der Fall ist. Der Erfolg war auch noch nie so in Frage gestellt wie heute, wenn nicht die Geschlossenheit einer einheitlich organisierten Kollegenchaft den notwendigen Nachdruck für ihre Forderungen aufbringt.

Auf unserer Pflegerkonferenz in diesem Jahre muß die Einheitlichkeit unseres Berufes festgestellt werden. Spezialzweige dürfen keine Sonderberufe sein, Spezialwünsche dürfen keinen Grund für Sonderorganisationen abgeben. Wohl kann es möglich werden, daß eine Spezialkommission in zeitlich kürzeren Tagungen als unsere allgemeinen Konferenzen alle Sonderwünsche in die rechten Geleise bringen und unter Nachdruck des allgemeinen Ganzen unseres Verbandes der notwendigen Erfüllung entgegenführt. Der organisatorischen Zersplitterung und der Teilnahmslosigkeit mancher Kreise muß aber mit Ueberzeugung und voller Kraft entgegengetreten werden.

Einen Stillstand oder einen Rückschritt darf es in unserem Beruf nicht geben. Dem Fortschritt und dem Aufstieg muß für alle unsere Berufsangehörigen freie Bahn geschaffen werden. Darum muß unsere Pflegerkonferenz den Erfolg bringen, der unsere gesamte Kollegenchaft in Anstalten wie im Privat, stationär oder ambulante tätig, zusammenführen läßt in unserer Reichsleitung „Gesundheitswesen“.

R. Cagte.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Die Reichskonferenz des Jahres 1919 war den politischen Veränderungen des Jahres 1918 zufolge von Hoffnung und Zuversicht erfüllt. Große Erwartungen stellte man an sie, die nur zu verständlich waren, nach den Drangsalen und Entbehrungen, die das Personal der Krankenpflegeanstalten jahrzehntelang zu erdulden hatte. Die freibewilligten Regungen überall, die einen ungeahnten Aufschwung der Organisation bewirkten, berechtigten gewiß zu Hoffnungen. Die idealen, vom Geiste der neuen Zeit erfüllten Beschlüsse fanden ihre Konzentration in einem zeitgemäßen Programm, dem Programm für die Reichsaktion „Gesundheitswesen“. Dieses Programm war in der Folge richtunggebend bei Verfolg unserer Ziele. Naturgemäß waren die örtlichen Abteilungen der Reichsaktion vom optimistischen Geiste erfüllt, so auch Berlin. Eine Mitgliederzahl von nahezu 9000 vor circa 11 000 Beschäftigten in den Berliner Anstaltsbetrieben berechtigte uns zum Optimismus. Mit Hilfe der Organisation vermochten wir schon vor Aufstellung des erwähnten Programms einiges, was in ihm später Aufnahme gefunden hat, zu verwirklichen. Die achtstündige Arbeitszeit wurde bereits im Frühjahr 1919 verwirklicht. Daß wir in der Folgezeit noch Möglichkeiten bestrebt waren, der Verwirklichung unseres Programms näherzukommen, ist wohl selbstverständlich. Allerdings gelang es uns nicht, in der gewünschten Weise vorwärts zu kommen, infolge der allmählich durch die sündhafte Uneinigkeit der Arbeiter zunehmenden Reaktion. Dennoch können wir sagen, daß mit Hilfe unserer allerdings konstanten Organisation mancher Punkt unseres Programms Verwirklichung gefunden hat. Der Kost- und Logiszwang ist, soweit die städtischen Betriebe in Betracht kommen, restlos beseitigt. Gegen Unfälle ist das gesamte Personal der städtischen Betriebe in der Eigenunfallversicherung der Stadt Berlin versichert. Insektionen im Dienst werden Unfällen gleichgestellt. Das Dienstbotenverhältnis für Haus- und Pflegepersonal mußte einem freien Arbeitsverhältnis weichen. Das Pflegepersonal selbst ist im Ausstellungsverhältnis. Die obligatorische Ausbildung des Pflegepersonals ist nach zöghaften Versuchen nunmehr durchgeführt und bewährt sich gut. Alters- und Hinterbliebenenversorgung sind gleichfalls wichtige Bestandteile des sozialen Rechts. Im übrigen sind die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Beschäftigten kraftvertraglich geregelt. Neben einem allgemeinen Tarifvertrag für die städtischen Arbeiter, worunter auch die im Arbeitsverhältnis stehenden Beschäftigten der Anstaltsbetriebe fallen, war es möglich, besondere Verträge für das Pflegepersonal der städtischen Kranken- und Pflegeanstalten, für die Beschäftigten in den privaten gemeinnützigen Anstalten, für die in den Irrenanstalten Beschäftigten, für die Angestellten der privaten Badeanstalten und für die in den Ambulatorien der Krankenkassen abzuschließen; ferner wurden Tarifverträge für die Beschäftigten eines der Krankenkassen gehörigen Krankenhauses, für die eines Jugendheimes und für ein Kreiskrankenhaus abgeschlossen. Mit dem Polizeipräsidium sind Gebührenordnungen für Hebammen und Heilgehilfen vereinbart worden. Ein wesentlicher Teil des Pflegepersonals wird nach den Grundrissen für Beamte behandelt. Diese programmatischen Erfolge waren natürlich wiederholt Gegenstand von Anfechtungen seitens der Arbeitgeber. Infolge der Einmütigkeit innerhalb der Beschäftigten waren unsere notwendigen Abwehrmaßnahmen bis auf die Arbeitszeit stets von Erfolg. Widrige allgemein bekannte Umstände haben uns veranlaßt, hinsichtlich der Arbeitszeit in den städtischen und privaten gemeinnützigen Anstalten Konzeptionen zu machen. Danach beträgt die Arbeitszeit in den städtischen neun und in den gemeinnützigen Anstalten zehn Stunden täglich. Neben der Abbauperiode bewirkte diese Tatsache eine starke Beschränkung der Zahl der Beschäftigten. Ueber 3000 Personen fielen den seitens der Regierung für notwendig erachteten Maßnahmen zum Opfer. Selbstverständlich ist dies nicht ohne Wirkung auf die Organisation geblieben. Daß in organisatorischer Hinsicht Widerstände zu überwinden waren, mag beiläufig erwähnt sein. Falsche Propheten aus den Reihen der „Roten Union“ und Böse im heftigsten Schloßpelz nebst nationalsozialistischem Gestübel versuchten wie Asgater die verheerenden Folgen der Inflation für ihre Zwecke innerhalb der Beschäftigten der Krankenpflegeanstalten auszunutzen. Wenn diese Schätlinge der Arbeiterbewegung trotz einer reaktionären Stadtverordnetenmehrheit den Bestand der Organisation nicht zu erschüttern vermochten, so ist das der unermüdeten Tätigkeit eines festgelegten Vertrauensleiters zu danken. Wir glauben, daß es uns mit Hilfe der nahezu 6000 Organisierten innerhalb der Anstaltsbetriebe Berlins möglich sein wird, die wiederholten Versuche unserer Gegner auf Abbau unserer Errungenschaften erfolgreich abzuwehren. Wenn auch die diesjährige Tagung der Reichskonferenz nicht von gleich optimistischem Geiste wie die vorige erfüllt sein dürfte, und wenn sie ferner mit Rücksicht auf verschiedene Schwierigkeiten nicht in demselben Umfange wird arbeiten können wie die des Jahres 1919, so hoffen wir doch die zuversichtliche Hoffnung, daß die Ergebnisse der Tagung wertvoll genug sein werden, um uns ihrer bei Verfolgung unserer Ziele in zweckmäßiger Weise bedienen zu können.

R o h o w s k i.

Gau Hamburg. In den zu unserem Gau gehörenden Kranken-, Pflege- und Wohlfahrtsanstalten liegt das Schwergewicht unserer Bewegung bei dem Personal der hamburgischen Gesundheitsbehörde. Das Betriebs- und Wirtschaftspersonal in den Anstalten der hamburgischen Gesundheitsbehörde steht zahlenmäßig zum Pflegepersonal wie 3:5. Der Reichsmonteltarif gilt für den größten Teil des Betriebs- und Wirtschaftspersonals. Der kleinere Teil besteht aus Beamten, Angestellten, landwirtschaftlichen Arbeitern und Stationsmädchen. Für die beiden letzten Gruppen gelten örtliche Sonderbestimmungen. Das Pflegepersonal umfaßt 80 Beamte, 600 vom Erla-Mutterhause geliebene Pflegerinnen (Schwestern) und 2000 Tarifangestellte. Einziger Träger des Pflegepersonaltarifvertrages ist auf Arbeitnehmerseite unsere Organisation. Die geliebten Erla-Pflegerinnen gehören noch nicht zu unserm Verband. Eine Arbeitszeiterfrage hat für sie bisher noch nicht existiert. Alles andere Betriebs-, Wirtschafts- und Pflegepersonal gehört unserer Organisation an. Die bisherigen Anschläge gegen den Achtstundentag sind abgewiesen. Der Achtstundentag bzw. die 43stündige Dienstwoche besteht für das von unserm Verband vertretene Personal noch. Die Löhne des unter dem Reichsmonteltarif fallenden Betriebs- und Wirtschaftspersonals werden bezüglich geregelt. Danach erhalten pro Stunde im dritten Jahr

männliche Arbeiter in Lohnklasse III	65	Pfennig.
"	II	55
"	I	50
weibliche	III	49
"	I	38

Der Vergütungstarif für das Tarifpflegepersonal lehnt sich an die Beamtenbesoldung an. Das Höchsteinkommen eines Tarifpflegers ist gleich dem Höchsteinkommen nach Gruppe V, das Höchsteinkommen eines Tarifpflegers wird erreicht im 13. Dienstjahr und ist gleich dem Höchsteinkommen nach Gruppe IV der Beamtenbesoldung. Der Aufstieg erfolgt in 9 Stufen, die mit den 9 Stufen der Beamtenbesoldung aber nicht identisch sind. Die Anfangsvergütung steht auf 70 Proz. des Höchsteinkommens. Tarifpflegerinnen erhalten 85 Proz. des für männliches Tarifpflegepersonal in den gleichen Stufen gültigen Betrages. Der Oberpflegerzuschlag entspricht der Differenz in den Höchsteinkommen der Gruppen IV und V der Beamtenbesoldung. Es wird Tarifoberpflegern voll gewährt. Frauen-, Kinder- und örtliche Sonderzuschläge richten sich nach der Beamtenbesoldung. Ungeprüfte Pflegepersonen steigen nur bis zur 4. Stufe. Geprüftes Pflegepersonal wird bei der Einstellung in die Stufe 3 eingeeordnet. Berufsjahre werden nur angerechnet, soweit sie als Dienstjahre in staatlich-hamburgischen Anstalten zurückgelegt sind und soweit zwischen Auscheiden und Wiedereintritt kein längerer Zeitraum als 40 Wochen liegt. Ungeprüftes Pflegepersonal muß sich nach einjähriger Dienstzeit laut tarifvertraglicher Verpflichtung zur Teilnahme an der Ausbildung melden. Unterlassung der Meldung oder Verweigerung der Teilnahme am Ausbildungskursus sowie Nichtbestehen der Prüfung hat Entlassung zur Folge. Befördert wird nur staatlich anerkanntes (geprüftes) Personal. Für geliebene Pflegepersonen (Schwestern) zahlt der Staat an das Erla-Mutterhaus für Oberschwwestern nach Gruppe V, für Schwestern nach Gruppe VI, und für Beibrschwwestern nach Gruppe III des Staatsangestellten-tarifvertrages, der dem Reichsangestellten-tarifvertrag fast gleich ist. Die übrigen zum Betriebs- und Wirtschaftspersonal gehörenden Beamten und Angestellten verteilen sich auf die Gruppen II bis V. Beamte Oberpfleger stehen in Gruppe V. In den anderen Kranken-, Pflege- und Wohlfahrtsanstalten des Gaus Hamburg, die nicht zur hamburgischen Gesundheitsbehörde gehören, spiegeln sich die oben geschilderten Verhältnisse, wenn auch nicht so klar in den Formen, wieder.

Als Kennzeichen der gegenwärtigen Situation ist aber festzustellen: Das Personal in dem kleinen städtischen Krankenhaus Wandsbek (31 Personen) und das interne Personal in dem städtischen Krankenhaus Harburg (36 Personen) wurde organisationsfremd. Es hat heute den zehnstündigen Arbeitstag laut Arbeitgeberdiktat. Auch vor den Toren der übrigen Kranken-, Pflege- und Wohlfahrtsanstalten stehen die Gegner des Achtstundentages zum erneuten Angriff bereit.

Hamburg. (Für die Reichskonferenz.) Man darf wohl mit Recht behaupten, daß von einer einheitlichen Gestaltung unserer Tarifverträge innerhalb der Reichsaktion Gesundheitswesen nicht die Rede sein kann. Ob wir bezüglich der Vergütungstarife eine über das ganze Reich erstreckende Regelung erhalten werden, ist eine Frage zweiten Ranges. Viel wichtiger erscheinen mir folgende Punkte: 1. Unter welchen Gesichtspunkten haben die Einstellungen zu erfolgen. 2. Bestimmungen zur Durchführung der Berufsausbildung. 3. Sozialbestimmungen. Zu 1: Es dürfen nur solche Personen zum Pflegeberuf zugelassen werden, die 21 Jahre alt sind, körperlich gesund, die Volksschule mit Erfolg besucht haben und einen einwandfreien Lebenswandel nachzuweisen vermögen. Zu 2: Aufgabe der Reichskonferenzleitung muß es sein, bei der Durchführung der Ausbildungsbestimmungen eine generelle Regelung zu schaffen. Jede für den Pflegeberuf bestimmte Person verpflichtet sich nach einjähriger Tätigkeit, den vorgeschriebenen Kursus zu besuchen. Die Zulassung zu

diesem Kurzus setzt voraus, daß der Anwärter die erforderlichen Eigenschaften besitzt, die man von einer Krankenpflegeperson verlangen muß. Solche Anwärter, bei denen eine pflegerische Eignung nicht vorhanden ist, müssen wieder ausscheiden, dürfen aber in ihren Abgangspapieren nicht die Bezeichnung Pfleger bzw. Pflegerin haben. Solche Anwärter, die mit Erfolg die Prüfung bestanden, erhalten die Bezeichnung Pfleger bzw. Pflegerin; diesen Pflegepersonen ist, falls sie am Ort nicht die Möglichkeit der Weiterbildung in der Kranken- oder Irrenpflege haben, die Gelegenheit zu geben, ihre Stelle ohne finanzielle Einbuße zu wechseln. Wichtig scheint es mir, folgende Tarifbestimmung zu schaffen: Pflegerinnen, die durch Heirat aus dem Beruf ausscheiden und durch unglückliche Umstände gezwungen sind, ihren oder ihrer Familie Lebensunterhalt zu bestreiten, wird ihre frühere Tätigkeit, falls sie geprüft ist, in Anrechnung gebracht. Welch sozialer Fortschritt durch eine solche Tarifbestimmung für unsere Kolleginnen geschaffen würde, braucht wohl nicht besonders begründet zu werden. — Zu 3: Die Urlaubsfrage muß so geregelt werden, daß nicht das Alter, sondern die Berufsdienstjahre zur Bemessung der Urlaubsdauer festgelegt werden. Es wäre zu erwägen, ob dem in der Irrenpflege tätigen Personal nicht ein längerer Urlaub als dem übrigen in der Krankenpflege tätigen Personal zu gewähren ist. Daß unsere ganze Kraft auf die Wiedererrückung der achtstündigen Arbeitszeit konzentriert werden muß, brauche ich wohl nicht zu begründen. Ausgehend von der Ueberzeugung, unser Tarifvertragswesen in seinen Grundzügen nach diesen vorgezeichneten Gesichtspunkten aufgebaut, werden wir die zum Teil verlorengegangene Position wieder zurückerobern. Geht die Konferenz mit diesem Grundsatze an die Arbeit, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.

W. B. Indschädel, Betriebsrat. St.-Kr.-Anstalt Langenhorn.

Landeskongress der staatlichen Krankenanstalten in Thüringen.
Am 16. August tagte in Hildburghausen eine Landeskongress des Personals der staatlichen Krankenanstalten. Vertreten waren sämtliche Anstalten, außerdem eine Anzahl Gäste. Ueber Tarifwesen sowie das Angelegenheitenverhältnis referierte Kollege Stierwald. Ausgehend von der Entstehung der Gewerkschaften und das Vorkriegsverhältnis des Pflegepersonals verglich er die von unserm Verband im Interesse des Pflegepersonals geleistete Arbeit. Die in Thüringen vorbildlich geregelte Aufstiegsmöglichkeit des Personals gibt der Gewähr, daß sich der Pflegerberuf ebenfalls die ihm gebührende Anerkennung erringen wird. Während bei der früheren sozialistischen Regierung für die Berufsfragen der Pfleger Interesse vorhanden war, geht die jetzige Ordnungsregierung dazu über, die vom Anstaltspersonal seit Jahren geforderten Rechte wieder abzubauen. Unter keinen Umständen dürfen wir uns den Abbau der Aufstiegsmöglichkeiten nehmen lassen. Als Folge der unersichtlichen Lohnpolitik der thüringischen Regierung ist eine Massenflucht des weiblichen Personals eingetreten. Wir haben die Regierung und den Landtag auf diese unhaltbaren Zustände aufmerksam gemacht und durch die Presse die Bevölkerung Thüringens ebenfalls aufgeklärt. Dadurch ist es uns nun gelungen, bei den letzten Lohnverhandlungen über die Löhne der Reichsarbeiter hinauszukommen. Jetzt verläßt die Regierung durch Druck der Industrie die Abmachungen über die Dienstalterszulage ins Gegenteil umzulehren. Gegen diese Handlungsweise haben wir Einspruch erhoben. Die Anträge des Personals auf Ueberführung in das Beamtenverhältnis lehnt die Regierung ab, weil durch die Schaffung weiterer Beamtenstellen eine übermäßige Belastung des Etats für die Pensionsberechtigten entstünde. Innerhalb des Personals sind ebenfalls Strömungen gegen das Beamtenverhältnis vorhanden. Die in aller Kürze vorzunehmende Abstimmung soll Klarheit über diese Frage bringen. Der seit Jahren verfruchtete Abschluß einer Ruhestandsordnung ist stets an dem Widerstand des Reichsfinanzministers gescheitert. Unser jetziger Antrag betr. Ruhestandstage liegt dem Landtag zur Beschlußfassung vor. — In der Diskussion, an der sich die Kollegen Hartmann-Jena, Steiniger-Roda, Schmidt-Gotha, Wihel-Blankenhain, Zippel-Erfurt, Richwien- und Engelmann-Hildburghausen beteiligten, stellten sich sämtliche Redner auf den Standpunkt, unter keinen Umständen die Aufstiegsmöglichkeiten preiszugeben, bevor nicht die Ausbildungsfrage erledigt ist. In Gotha richtet sich kein Mensch mehr nach dem Tarifvertrag. Urlaub wird nur gewährt, wenn der Urlaub selbst die Vertretung stellt. Ueberstunden werden nicht bezahlt usw. Die Gauleitung will versuchen, diese Vorkommnisse in Zukunft zu unterbinden. Jedoch ist es notwendig, wenn derartige Uebergriffe vorkommen, dieses der Gauleitung mitzuteilen. Die Kündigung des Tarifvertrages lehnt die Landeskongress ab. Die Arbeitszeitfrage soll einer erneuten Prüfung unterzogen werden, damit die Bestimmungen des Tarifs eingehalten werden. In der Tarifkommission wurden die Kollegen Hartmann-Jena, Richwien-Hildburghausen, Schmidt-Gotha und Steiniger-Roda einstimmig gewählt. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden und einem Hoch auf die Reichssekktion wurde die Konferenz geschlossen.

Köln. Unsere Reichssekktion „Gesundheitswesen“ hat hier unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen zu kämpfen. Nicht nur, daß die Stadtverordnetenversammlung bis kurz vor der Revolution absolut sozialistischem war, sondern vor allen Dingen, weil die Ordensschwester in den städtischen Krankenhäusern jahrelang die Entwicklung der Organisation hemmten. Trotz aller Hindernisse

gelang es uns, die Sekktion im Jahre 1924 auf 280 zu bringen. 217 Mitglieder zählen wir in den städtischen Krankenanstalten, den Rest mußten wir beim Badepersonal. Zur Illustrierung, wie schwer die Agitation unter dem weiblichen Personal der Krankenanstalten ist, diene folgende Episode: In einem städtischen Krankenhaus war es uns 1922 gelungen, den größten Teil des Küchenpersonals zu erfassen. Die Schwesteroberrin holte sich den Rektor und sie brachten es zuwege, da nach 14 Tagen die Mitgliedsbücher der Organisation wieder zugestellt wurden. Dagegen steht das männliche Pflegepersonal zum weitaus größten Teil auf unserer Seite, und wir können mit Stolz verzeichnen, daß es nicht die schlechtesten sind, die sich der Organisation angeschlossen haben. Gerade die alten Kollegen, darunter welche bis zu 35 Berufsdienstjahren, sind Mitglieder der Reichssekktion. Das Handwerker- und technische Personal ist fast restlos bei uns organisiert. Wir sind stolz darauf, daß Pfleger- und technisches Personal, die Elite des Berufs, sich in unseren Reihen befinden. Die Reichssekktion hat festen Fuß in der städtischen und Provinzialanstalten gefaßt und wird sich behaupten. Zum Schluß muß noch betont werden, daß die Stürme, die am Gewerkschaftsbau rüttelten, spurlos an der Reichssekktion in Köln vorbeigegangen sind. Treu haben die Mitglieder zur Organisation gehalten. Wir hoffen, daß es in Zukunft auch so bleiben wird.
Hoffmann.

Leipzig. Durch rege Werbetätigkeit zielbewusster Kollegen gelang es, trotz behördlicher Koalitionsbeschränkung, unsere Sekktion bis zum Jahre 1914 auf ca. 300 Mitglieder zu bringen. Die Arbeitsverhältnisse und Entlohnung des Anstaltspersonals ließen jedoch alles zu wünschen übrig. Das änderte sich nach dem Jahre 1918 grundlegend. Die Mitgliederzahl unserer Sekktion wuchs um über 1000 Personen auf über 1300 an. Die Bahn zur Erringung weiterer Erfolge war freigelegt, weil endlich auch das Pflegepersonal den Organisationsgedanken erfaßt zu haben schien. Es gelang, außer vielen anderen Verbesserungen, den Kost- und Logiszwang für städtische Stillschreiber und das Verbot des Heiratens zu beseitigen, den Achtfundentag für das gesamte hauseingeseffene Arbeitspersonal in aller städtischen Anstalten restlos zur Durchführung zu bringen. Die Löhne konnten wir beim internen Haus- und Pflegepersonal um das Dreifache steigern. In der Ausbildungsfrage gelang es uns, in vielen Verhandlungen mit dem sächsischen Ministerium und nach umfangreichen statistischen Erhebungen die bekannten Verordnungen vom 24. Dezember 1922 usw. herauszuholen. Dadurch erlangten etliche 600 Pflegepersonen die staatliche Anerkennung teils durch Dispens, teils durch Ablegung der Prüfung nach Abschotierung von 100 theoretischen und praktischen Unterrichtsstunden an einer staatlich anerkannten Krankenpflegeschule. Wir waren in der Lage, unter dankenswerter Mithilfe Dr. Poppi, selbst eine staatlich anerkannte Krankenpflegeschule zu errichten. 30 Schüler desselben erlangten die Anerkennung. Leider mußte die Schule dann geschlossen werden, weil sich nicht genügend Schüler meldeten. Die Schule verursachte uns und den voranstrebenden Kollegen viel Arbeit und finanzielle Opfer. Außerdem gelang es uns, im Verein mit der Dresdener Gauleitung in Verhandlungen mit der sächsischen Regierung zu erwirken, daß die Wärterinnen der Landesheilanstalten zu Kranken- und Irrenpflegekursen herangezogen und nach abgelegter Prüfung tariflich höher eingestellt werden. Leider waren auch organisatorische Rückschläge zu verzeichnen. Nach Gründung der städtischen Schwesternschaft und Verleihung der Beamteneigenschaft gelang es dem Sächsischen Gemeindebeamtenbund, uns eine ganze Anzahl Schwestern abwendig zu machen, indem er ihnen suggerierte, daß sie doch nichts in einem Arbeiterverband zu suchen hätten. Die Schließung sämtlicher Reichskrankenanstalten brachte uns den herben Verlust von 160 männlichen Pflegern, die das rührigste Element unserer Sekktion waren. Dennoch herrscht heute noch reges Leben in unserer Sekktion, wir konnten einen Mitgliederstand von über 1000 halten. Geht es, die leise sich wieder einschleichende Stumpfheit und Gleichgültigkeit beim Pflegepersonal auszumergen, indem wir ihnen aufzeigen, daß es nur Seite an Seite mit den übrigen Arbeitsschwester und -brüder weitere Fortschritte erzielen kann, dann werden alle realisierbaren Wünsche in die Wirklichkeit umgesetzt werden können. Die vierte Reichskonferenz ist berufen, neue Wege zu bereiten. Wir sagen schon jetzt und begrüßen sie in diesem Sinne, „frisch voran zur ersten Arbeit zum Wohle unseres Berufes und als Leitern unserer Kollegenschaft im Reiche, dann wird und muß es gelingen, daß die Mitgliederzahl unserer Reichssekktion emporschnellt und die Krankenpflege und alle mit ihr verbundenen Gruppen die Achtung erlangt die ihr zukommt.“

Ludw. Salomon.

München. Trotz der miserablen Entlohnung und den vorstuflichen Arbeitsbedingungen, die in der Vorkriegszeit in den Kranken- und Pflegeanstalten herrschten, war es nur ganz vereinzelt möglich, Kollegen für den freigewerkschaftlichen Gedanken zu gewinnen. Für den jungen Nachwuchs mag das ganz unverständlich erscheinen, für diejenigen jedoch, die die Verhältnisse von damals mit durchlebt haben, ist es indessen begreiflich, denn es bedurfte in der damaligen Zeit nicht nur einer seltenen Ueberzeugung seiner Sache, sondern auch einer ausgesprochenen Kampfnatur, um all den Anfeindungen und Schikanen, denen diese Kollegen aus-

gefehrt waren, standhalten zu können. Wie mancher dieser Arbeiter wurde ob seiner betriebenen Agitation für den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit Unterstützung der heiligen Ordensschwester zur Strecke gebracht. Erst mit dem Jahre 1918 wurde die Voraussetzung geschaffen, die es jenen wenigen Unentwegten ermöglichte, das rauhe Feld in großzügiger Weise durch Agitation zu beackern und den letzten Mann in unsere Reihen zu bringen.

Dank den veränderten Verhältnissen und der Geschlossenheit in der Organisation war es möglich, von diesem Zeitpunkt ab auch in Bayern für das in den Kranken- und Pflegeanstalten beschäftigte Personal ein Arbeits- und Vertragsrecht zu schaffen, das sie aus dem Dienstbotenverhältnis herausriß und sie alle (Kollegen und Kolleginnen) zu freien Arbeitnehmern machte. An die Stelle monatlicher Hungerlöhne trat eine Entlohnung, wie sie für die übrigen städtischen und staatlichen Arbeiter erreicht worden ist, statt der 12- bis 18stündigen Dienstzeit wurde auch ihnen der achtstündige Arbeitstag vertragsrechtlich gesichert; für besondere Dienstleistungen (Nacht- und Wachdienst, Dienst auf Seuchenstationen usw.) wurden besondere Vergütungen vereinbart, in bezug auf Kost und Logis wurden wesentliche Verbesserungen erzielt. Neben diesen fundamentalen Veränderungen zugunsten des Personals konnten hinsichtlich des Urlaubs, Krankenlohnabgrenzung und Feiertagsbezahlung und einer Reihe anderer sozialer Vergünstigungen Verbesserungen erreicht werden, die sich speziell dieses Personal bei Beharrung in ihrer Gleichgültigkeit und Untermütigkeit noch auf ein paar Jahrzehnte hinaus nicht hätte träumen lassen dürfen. Von den Rechten, die ihnen als Staatsbürger durch die Weimarer Verfassung, dem BRG und der sonstigen sozialen Gesetzgebung in den Schoß gefallen sind, gar nicht zu sprechen. Der schöne Anlauf, den die Gewerkschaftsbewegung in der damaligen Zeit genommen hat, ist leider in der Breite stecken geblieben und nur bei einem kleinen Teil der so spontan gewonnenen Mitglieder inzwischen auch in die Tiefe gewachsen. Aus eben dieser, wenn auch recht bitter schmeckenden Tatsache heraus resultiert bei einem nicht unerheblichen Teil der Mitglieder die Einstellung, daß all das Errichtete zwangsläufige Selbstverständlichkeit war und als solche auch ohne weiteres ganz von selbst sich zugunsten der Arbeiterschaft fortentwickeln wird. Man sollte nun meinen, daß die Erfahrungen der letzten Jahre ihnen gezeigt haben müßte, daß dem nicht so ist, sondern vielmehr in dem Augenblick, da eine Verschiebung der realen Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterschaft eintritt, sich dies sofort in Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse auswirkt.

Nur wenn sich die Reihen innerhalb der Organisation nicht weiter lichten, sondern vielmehr wieder so eng schließen, als dies von 1918/19 bis zur Mitte des Vorjahres der Fall war, und außerdem die Buchmitglieder wirkliche Gewerkschaftler werden, wird es möglich sein, nicht nur den Ansturm, der auf der ganzen Linie (Arbeitszeitverlängerung, blindwütiger Personalabbau, Wiedererfahrungen des Einflusses der Ordensschwestern usw.) von der Gegenseite geführt wird, zum Stillstand zu bringen, sondern darüber hinaus verlorene Positionen zurückzuerobieren. Wenn diese beiden wichtigsten Voraussetzungen geschaffen werden, erhält die Reichskonferenz, die am 6. und 7. September 1924 in Dresden stattfindet, einen sehr starken Rekonvaleszenzboden, daß der Realisierung der zu fassenden Konferenzbeschlüsse zusehends entgegenzusehen werden kann. In diesem Sinne wünschen wir der Konferenz zu ihren Arbeiten den besten Erfolg. R. Erhart, München.

Aus der Praxis

Licht-Luft-Baderegeln. Das Lichtluftbad kann bei jeder Temperatur genommen werden, also nicht nur bei warmem Wetter und Sonnenchein, sondern auch an kühlen und trübigen Tagen. Anfänger sollen sich in der warmen Jahreszeit an das Lichtluftbad gewöhnen. Sie sollen an windstillen Tagen beginnen und an windgeschützten Stellen baden. Gebadet darf nicht unmittelbar nach der Hauptmahlzeit werden, also erst etwa 1 bis 1½ Stunden später. Nachdem sich der Patient entkleidet hat, soll er sich sofort kräftig bewegen (laufen, springen, turnen, spielen, graben oder mit den Händen die Haut freitreiben), je kühler und bewegter die Luft ist, um so lebhafter. Er bleibe nur solange entkleidet, als es ihm behaglich ist, bei kühlem Wetter und bewegter Luft bade er nur wenige Minuten. Bei hochstehender Sonne — im Hochsommer also zwischen 9 und 4 Uhr — sind Kopf und Nacken durch Strohhüte, dicke Schleier gegen die Sonnenstrahlen zu schützen. In der Sonne ist nach 10 bis höchstens

15 Minuten Lage oder Stellung zu wechseln. Sonst treten bei Anfängern (mit weißer, vermöhnter Haut) Hautentzündung, Rötung, Blasen (Sonnenbrand) auf. Leidende, besonders Nervöse, dürfen Sonnenbäder nur auf Anordnung des Arztes nehmen. Entzündet sich die Haut trotz der geratenen Vorsicht (möglichst nur bei sehr empfindlichen Personen), so nehmen diese die nächsten 2 bis 3 Lichtbäder mit dem Hemd bekleidet und waschen die Hautstellen mit temperiertem Wasser zuweilen ab. Tritt nach den ersten Lichtluftbädern nachts starkes Hautjucken, Brennen oder Fieber ein, so sind diese Erscheinungen durch leichte Waschungen mit (25 bis 28 Grad Celsius) temperiertem Wasser zu beheben. Wasser-(Schwimm-)Bäder nimmt man am besten sofort nach dem Entkleiden. Darauf sofort abtrocknen. Nie darf der Patient im nassen Badeanzug umhergehen und stehen, sondern er muß das Badzeug wechseln! Man erst lasse man das Lichtbad folgen. Während des Lichtluftbades soll der Patient möglichst nicht essen, sondern nach dem Bade. Nur wirklich Durst ist jederzeit mit kühlem Wasser zu stillen, jedoch sind erregende (alkoholische) Getränke zu meiden. Geistige Getränke, die oft sofort nach dem Bade zur Erwärmung genommen werden, machen keinen Nutzen ganz illusorisch. Man lege die Lichtbäder ruhig auch in der kühler werdenden Jahreszeit fort. Lichtluftbäder bereiten sie auch im Winter, selbst bei Temperaturen unter 0 Grad, großes Vergnügen. Nur ist hier ständig zu merken: Je kälter die Luft, desto kürzer das Bad, desto stärkere körperliche Bewegung.



Anregende Wirkung der Nackengasse. Unser, bis auf Augen, Ohren- und Nasengänge fast hermetisch abgeschlossener Schädel hat als weiteste Öffnung, an der Unterseite, das große Hinterhauptloch, die Eintrittsstelle des verlängerten Rückenmarks. Durch diese Stelle können wir unmittelbar auf das Gehirn und seine zentralen Organe (Hirnhäute, Sehhügel usw.) einwirken. Das ist der Grund, warum alle Anwendungen auf den Nacken stark auf das Gehirn wirken. Wenn man sich aus handlichem Topf über einem Wassergefäß langsam kaltes Wasser über den Nacken laufen läßt, dann hat dieser Nackenguß eine angenehm erregende Wirkung. Bei nervöser Erregung darf das Wasser nicht zu kalt sein. Auch nach Augenbädern sollte eine solche Nackenübergießung folgen. Nach dem Hebergießen (ungefähr ein Liter, 30 bis 32 Grad Celsius) erwärmt man den Hals durch kräftige Halsmassagen. Wenn der Patient an Blutandrang zum Kopf leidet, macht man ihm hinterher eine Wadenpackung.

Rundschau

Wochenhilfe. (Verordnung vom 31. Juli 1924.) Weibliche Versicherte, die in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens 10 Monate hindurch, im letzten Jahre vor der Niederkunft aber mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei dem ReichsKnappheitsverein gegen Krankheit versichert gewesen sind, erhalten als Wochenhilfe: 1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird; 2. einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe von 25 Goldmark; findet eine Entbindung nicht statt, so sind als Beitrag zu zahlen; 3. ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 50 Goldpfennig täglich für vier Wochen vor und sechs zusammenhängende Wochen unmittelbar nach der Niederkunft. Das Wochenlohn für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig; 4. solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 25 Goldpfennig täglich bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft. Der Vorstand der Krankenkasse kann, soweit keine Anordnung nach § 195 d getroffen ist, allgemein beschließen, bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden freie Hebammenhilfe und freie Arznei zu gewähren; in diesem Falle ermäßigt sich die bare Beihilfe an die Wöchnerin nach § 195 a Abs. 1 Nr. 2 auf 10 Goldmark; findet keine Entbindung statt, so ist keine Beihilfe zu zahlen.

Briefkasten

D. S., Steglitz. Gedicht ist unverwendbar. B. G.

• **Eingegangene Schriften und Bücher** •

Der Schaffel zum neuen Ehren. Im Verlag von Brockhaus, Leipzig, erscheint soeben ein neues Buch von E. von Wedin unter dem Titel „Von Peking nach Moskau“ (geb. 13 Mk.). Wedin kennt das mächtige Asien aus jahrelangen Reisen wie kein anderer, er ist der Marco Polo der Neuzeit. Aus eigener Anschauung kann er die tiefgehende Wandlung bezeugen, die die Länder und Völker des Ostens im Weltkrieg und in den sich anschließenden Revolutionen durchgemacht haben. Auf seiner kürzlich vollendeten Reise von Peking nach Moskau, die er in der Bahn und im Automobil zurücklegte, hat er die neuentstandenen Republiken kennengelernt und er schildert sie in seinem reich mit interessanten Abbildungen ausgestatteten Buch mit dem Namen Bild des unbetrefflichen Fortschritts, der der Wahrheit ins Herz schaut, und mit der ihm eigenen lebhaftigen und frischen. Eine Fülle der wichtigsten Nachrichten im Rahmen abenteuerlicher Erlebnisse bietet er vor dem Leser auf, und die Spannung nimmt zu, je mehr er sich Moskau nähert, dem Mittelpunkt der Herrschaft der Bolschewiki. — Ein fester Kampf wird zwischen der Komintern und dem unaufrichtig vorbringenden China geschlagen, wobei die große Bedeutung des Graslandes der Komintern für den europäischen Handel ins Gewicht fällt. Interessant werden die religiösen Verhältnisse geschildert, erschütternd ist der Bericht über die gescheiterten Verhandlungen. Außerordentlich bedeutungsvolle Aufklärung empfängt der Leser über die Durchdringung Sibiriens mit den Ideen Sowjetrußlands. Wedin macht sein Buch daraus, daß er nicht auf die Seite der Bolschewiki neigt, aber als aufrechter Forscher gibt er der Wahrheit die Ehre und erkennt an, daß in dem von ihm bereisten Teil Sibiriens Ruhe und Ordnung herrschen und daß Handel und Wandel sich neu zu beleben beginnen. Die tolle Best des Dreideckertums unter dem bolschewistischen Baron Ungern-Ehrenberg taucht in dem amüsanten Kapitel „Ein literarischer Exkurs“ auf, in welchem der Verfasser mit weißerhafter Grazie mit einem vielverbreiteten Buch der Gegenwart abrechnet. E. von Wedin weist auf die große Bedeutung hin, die ein engerer wirtschaftlicher Verkehr mit Ausland hat, und seine Worte sind für uns Zeitgenossen von besonderem Wert. Von neuem zeigt sich in diesem reich illustrierten Werk die Hand E. von Wedins, das Erlebnis und Erlebnisse klar, eindrucksvoll und scheinbar so gehalten. Jeder, der fruglos und hoffnungslos die Bilde nach Osten sieht, wird reichen Genuß finden.

Erzählung „Die Eroberung von Mexiko“ illustriert sich ein neues Buch, das der Verlag W. F. Brachhaus in Leipzig unter der Sammlung „Alle Reisen und Abenteuer“ neu herausgebracht hat. (Preis 2,50 Mk.) Der Bearbeiter des Buches Dr. F. C. Tönte führt uns in dem Aufzuge „Mexiko zur Zeit der Spanier“ in das Leben und Treiben der Spanier, in die Kultur des Landes ein. Darauf folgt der Bericht des Cortes über den Soldaten Diaz del Castillo. Montezuma der große Herrscher von Mexiko, hatte viele Sklaven unterworfen. Sein Land ging bis an die Rüste des Golfes von Mexiko. Ganz besonders schwer befaßt war durch große Reibung der Mexikaner mit der gleichnamigen Hauptstadt. Diese verstand Cortes sich auf seine Seite zu ziehen. Es dauerte nicht lange, so lag Cortes in Mexiko ein. Montezuma wird von Cortes gefangen gesetzt. Als Cortes in der

Stadt nicht anwesend war, wurden die dort gelassenen Mannschaften überfallen. Cortes eilte ihnen zu Hilfe. Montezuma, der sein Volk hat, von den Spaniern abzulassen, wird von verrätern getötet und nicht. Die Spanier müssen fliehen. Die Dämme zum Lande sind zerrissen und über die Hälfte ertrinkt im See. Cortes gibt sich aber nicht verloren. In Mexiko werden Schiffe gebaut, diese in den See von Mexiko gesetzt und die Stadt zuletzt durch Hunger gezwungen, sich zu ergeben. Der Tempel, das wunderbare Bauwerk Mexikos, wird vernichtet, die Stadt ist erobert, ein Volk auf hoher Kulturstufe wurde damals vernichtet. Gerhart Hauptmann hat die Eroberung Mexikos durch die Spanier in seinem Schauspiel „Der weiße Teufel“ dramatisiert.

„Jugend-Liederbuch“. 6. Auflage. 300. bis 350. Tausend. Zusammengefaßt von Aug. Nibrecht. 168 Seiten. Preis kartoniert 0,40 Mk., in Ganzleinen 0,70 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 69, Lindenstraße 2.

Das Jugend-Liederbuch liegt nunmehr in verbesserter und erweiterter Auflage vor. Etwa 25 neue Lieder kamen hinzu, einige bereits sind ausgeschieden, dafür heute mehr gebrauchte aufgenommen, außerdem ist das Best um volle 12 Textseiten vermehrt worden. Einige neue Kampflieder („Brüder zur Sonne“, „Geht unsre Fahnen“ u. a.), ferner weitere Wander- und Scherzlieder und dazu einige sehr oft gesungene Volkslieder fanden Aufnahme. Das Buch enthält jetzt beinahe 200 Lieder.

Der Mann in der Jugendbewegung. Von Dr. Viktor Engelhardt. 48 S. Preis 0,50 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 69, Lindenstraße 2. 1924.

Gewerkschaften und Gewerkschaften-Entwicklungen. Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zum Gewerkschaften-Gesetz vom 9. April 1924. Ergebnisse der aus Prüfung der Entschieden eingehenden Sonderkommission. Zusammengefaßt im Auftrag der Epischen Verbände als Material für die Funktionäre von Kurt Feinig. Berlin 1924, 24 S. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Preis 30 Pf.

Das Testament des Königs. Herausgegeben von Friedrich von Cotta-Prinzow. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 80. Dieses Buch wurde als vierter Liebhaberdruck für die Freunde des Volksverbandes der Bücherfreunde hergestellt. Es ist nicht käuflich, sondern als Beerdigungsbeitrag für die Vereinsmitglieder des Volksverbandes gedacht. Sein Inhalt ist das Testament Friedrichs II. nach historisch-kritischen Untersuchungen. Wie außer dem das Königreich eingeteilt als seine Nachfahren! Immerhin war das Vermögen des „armen“ Königs doch damals auch schon recht ansehnlich, wie aus den zahlreichen Totakten hervorgeht, die er zu vergeben hatte.

Der Schatzgräber. Nr. 50. „Gedächtnis und Bürgerium“ von Karl Lohmeyer, herausgegeben vom Führerbund, Verlag G. A. G. G. G., München. Preis 20 Pf. Ein interessantes Kapitel aus dem berühmten Historiker geistvollen Monumentalwerk „Deutsche Geschichte“. Für die reifere Jugend und Erwachsene.

In der Sammlung
Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“

herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
sind bisher erschienen:

- Heft 1: Aufsätze zur Einführung in die Psychologie.**
Von Wilhelm Lufas, Essen a. d. Ruhr.
Eine Fülle von Anregungen und lehrreichsten Erklärungen auf dem Gebiete des geistigen Lebens. Deutlich und emphatisch sind in dieser Schrift ausgesprochen.
- Heft 2: Semmelweis.**
Eine Herrschaft. Geschichte v. Alfred von Berger. (Vergriffen.)
- Heft 3: Naturentwicklung und Weltanschauung.**
Von Johannes Gut, Berlin, 2. Auflage.
In die Tiefen und Weiten des anerkannten Weltbildes führt Gut. Gut mit dieser Schrift über die Entwicklung der Welt, über Kraft und Stoff, die Grundlagen des Weltaufbaus.
- Heft 4: Biologie — die Wissenschaft vom Leben.**
Von Johannes Gut, Berlin, 2. Auflage.
Von der winzigen Keimzelle ausgehend bis zu hochentwickelten Pflanzen und Tieren, vom einseitigen Schwereisen bis zur Millionenwesenorganisation wird in vollständiger Weise der Zusammenhang in der Entwicklung des Lebens dargestellt.
- Heft 5: I. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. II. Kommunifizierung, Entkommunifizierung, Sozialifizierung.**
Von Fritz Münner, Berlin.
Die im vorliegenden Heft zusammengefaßten beiden Beiträge geben einen Überblick über die bisherige und fernere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.
- Heft 6: Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.**
Von Emil Dietmer, Berlin.
In bemerkenswerter Weise zeigt der Verfasser in seinen Ausführungen über die „Bildungsaufgaben der Gewerkschaften“ eine Reihe von Angriffspunkten, an denen nicht nur die gewerkschaftlichen Organisationsleiter, sondern jeder einzelne einwirken kann, um am Gelingen mitzuwirken.
- Heft 7: Soziale Bedürfnisse.**
Eine Auswahl neuerer Arbeitererörterungen, die vom Schaffen und Streben, von Freude und Leid des arbeitenden Volkes handeln. Einige gute Bilder und der mehrfarbige bildgewaltige Umschlag geben der Sammlung ein freundliches Gepräge.
- Heft 8: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 1. Teil.**
Von Johannes Gut, Berlin.
Im ersten Teil der Entwicklungsgeschichte führt und Johannes Gut in lehrreichster Weise, beginnend mit dem vorgeschichtlichen Menschen, durch Altsteinzeit und Mittelalter der Weltgeschichte. Die alten Völker Ägyptens, Indiens und Chinas, die hohe Kultur Griechenlands und die Staatskunst der alten Römer leben wieder auf.
- Heft 9: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 2. Teil.**
Von Johannes Gut, Berlin.
Im zweiten Teile der Entwicklungsgeschichte des Menschengeschlechts zeigt der Verfasser den gewaltigen Fortschritt der Kultur. Mit reichhaltigem Tatsachenmaterial befaßt wird die Geschichte der heutigen Kulturstaaten der alten und neuen Welt dem Leser zugänglich gemacht.
- Heft 10: Sozialisten und Arbeiterführer.**
Kurze Biographien über Marx, Bebel, Legien u. a. Das Buchlein bringt eine Auswahl von Lebensbeschreibungen bekannter Sozialisten und Arbeiterführer, die sich um die sozialistische und freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung verdient gemacht haben.
- Neu erschienen sind:**
- Heft 11: Der Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsobleuten.**
Von Rudolf Weid, Berlin-Friedrichshagen.
Diese Schrift enthält eine zusammenfassende Darstellung d. Entlassungsschutzes für Betriebsvertretungsmitglieder unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung.
- Heft 12: Warum brauchen wir Gewerkschaften?**
Von Otto Kurpat, Leipzig.
Diese Schrift enthält neben einer kurzen Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte eine Zusammenfassung der wichtigsten Forderungen der freien Gewerkschaften und erklärt Zweck und Ziel dieses bedeutsamsten Teiles der modernen Arbeiterbewegung.
Die Preise für die Hefte 1 bis 4 und 8 bis 12 sind 0,40 Goldmark, für die Hefte 5 bis 7 0,25 Goldmark. Verbandsmitglieder erhalten 40 Prozent Ermäßigung.

Zu beziehen durch:
Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Berlin SO 33, Schlesische Straße 42.

ung.
rsten
ndel
sehr
Eufst-
mit
tuffe-
sind
Brad
äder
sofort
gehen
lasse
ber
sicher
r zu
ische)
e, die
nung
Lufst-
bäder
thes-
auch
unter
stän-
dliche
agaffe.
alen-
bädel
Unter-
Ein-
marks.
elbar
rgane
Das
nguen
erfen.
über
Wasser
dieser
Wir-
f das
Lugen-
dem
wärmt
nt an
eine
Weis-
erkunft
erkunt
erliche-
richtert
falls
nen er-
Kisten
von
Beitrag
urk zu
münde-
hs zu-
Das
Lage
m, ein
ns 25
ch der
glüde
r keine
ei der
Se b-
alle er-
195. 1
t keine

Fachliteratur für das Krankenpflegepersonal

für Krankenpfleger und -pflegerinnen, Schwestern, Hebammen u. a.

sowie alle anderen Bücher und Schriften auf den Gebieten

Volkswirtschaft und Politik / Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung / Geschichte / Philosophie / Naturwissenschaft / Romane / Erzählungen / Gedichte
Klassiker und moderne, alte und neue Literatur

Wir können jederzeit liefern:

Leitfaden der Krankenpflege

In Frage und Antwort
von Dr. J. HARING

Der chirurgische Operationsaal

Ratgeber für die Vorbereitung chirurgischer
Operationen und das Instrumentieren
von FRANZISKA BERTHOLD

Menschenökonomie

von Dr. med. ALFRED BEYER

Handbuch des praktischen Desinfektors

Ein Leitfaden für den Unterricht und ein
Nachschlagebuch für die Praxis
von Dr. phil. KARL GREIMER

Das preußische Hebammengesetz

mit Ausführungsbestimmungen und Vorschriften
über Ausbildung, Prüfung und Fortbildung
der Hebammen usw.
von Dr. OTTO KROHNE

Die Abtreibungsseuche und ihre Gefahren

Heft 5 der Gesundheitswacht
von Dr. med. W. SCHWEINSHEIMER

Körperbildung und Nacktkultur

Anklagen und Bekenntnisse
von ADOLF KOCH, mit Beiträgen von
Dr. GRAAZ, GUSTAV HAEDICKE,
Dr. KAWERAU

Abteilung Bücher und Schriften

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Berlin SO. 55, Schlesische Strasse 42

Auf Wunsch Teilzahlungen nach Vereinbarung bei Anschaffung größerer Werke / Prospekte bei Angabe
des Literaturgebietes kostenlos / Siehe auch unsere früheren und heutigen Anzeigen in dieser Zeitschrift